Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 6 München, den 30. März 1973

Datum	Inhalt	Seite
16. 3. 1973	Bekanntmachung des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen	98
27. 3. 1973	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz — FAG)	104
27. 3. 1973	Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zur Förderung sozialer Hilfsdienste	104
27. 3. 1973	Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres (AGFSJG)	105
15. 3. 1973	Verordnung zur Änderung der Bayerischen Nebentätigkeitsverordnung	105
15. 3. 1973	Verordnung zur Änderung der Weihnachtszuwendungsverordnung	105
15. 3. 1973	Neunte Verordnung zur Änderung der <u>Unterhaltszuschußverordnung</u>	105
22. 3. 1973	Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte	106
22. 3. 1973	Verordnung über die Kostenerstattung an regionale Planungsverbände	106
15. 2. 1973	Verordnung zur Änderung der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Weingesetzes	107
22. 2. 1973	Verordnung über die Errichtung einer Geschäftsstelle für die <u>Universität Bayreuth</u> . .	108
22. 2. 1973	Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Seßhaftmachungsgesetzes	108
26. 2. 1973	Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten auf das Institut für Bautechnik in Berlin	108
1. 3. 1973	Dritte Verordnung zur Änderung der Landesverordnung zur Ausführung des Bayerischen Jagdgesetzes	108
1. 3. 1973	Verordnung über die befristete Aufhebung der Schonzeit für Schmalrehe in den Jagdjahren 1973, 1974 und 1975	109
1. 3. 1973	Verordnung über die befristete Aufhebung der Jagdzeiten für Auer-, Rackel- und Birkhähne in den Jagdjahren 1973, 1974 und 1975	109
8. 3. 1973	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erhebung einer Kurtaxe im Staatsbad Bad Reichenhall (Kurtaxordnung für das Staatsbad Bad Reichenhall)	109
8. 3. 1973	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erhebung einer Kurtaxe im Staatsbad Bad Steben (Kurtaxordnung für das Staatsbad Bad Steben)	110
8. 3. 1973	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erhebung einer Kurtaxe im Staatsbad Bad Kissingen (Kurtaxordnung für das Staatsbad Bad Kissingen)	111
8. 3. 1973	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erhebung einer Kurtaxe im Staatsbad Bad Brückenau (Kurtaxordnung für das Staatsbad Bad Brückenau)	111
8. 3. 1973	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erhebung einer Kurtaxe im Staatsbad Bad Bocklet (Kurtaxordnung für das Staatsbad Bad Bocklet)	112
12. 3. 1973	Verordnung über kommunale Namen, Hoheitszeichen und Gebietsänderungen (NHGV) .	112
21. 3. 1973	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gebühren und Auslagen für die Benutzung der Einrichtungen des staatlichen Fortführungsvermessungsdienstes (GebV Verm 70)	116
28. 2. 1973	Änderung der Satzung der Bayerischen Apothekerversorgung	116

Bekanntmachung des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen

Vom 16. März 1973

Der Landtag des Freistaates Bayern hat mit Beschluß vom 21. Februar 1973 dem am 20. Oktober 1972 in Stuttgart unterzeichneten Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen zugestimmt. Der Staatsvertrag wird nachstehend bekanntgemacht.

Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 16 in Kraft tritt, wird im Gesetz- und Verordnungsblatt bekanntgegeben werden.

München, den 16. März 1973

Der Bayerische Ministerpräsident

In Vertretung

Dr. Held,

Stellvertreter des Ministerpräsidenten
und Staatsminister der Justiz

Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,
das Saarland und
das Land Schleswig-Holstein

(im folgenden: die Länder)

schließen nachstehenden Staatsvertrag:

Artikel 1

(1) Die Länder errichten die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.

(2) Der Sitz der Zentralstelle wird durch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen im Einvernehmen mit den übrigen Landesregierungen festgelegt.

(3) Die Zentralstelle gilt für die Anwendung des Rechts des Sitzlandes zugleich als dessen Einrichtung.

Artikel 2

(1) Aufgabe der Zentralstelle ist die Vergabe von Studienplätzen an staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen.

(2) Besondere zentrale Bewerbungs- und Studienplatzverteilungsverfahren in den Ländern können auf Antrag des jeweiligen Landes gegen Erstattung der entstehenden Kosten von der Zentralstelle durchgeführt werden.

Artikel 3

(1) Der für das Hochschulwesen zuständige Minister des Sitzlandes führt die Rechtsaufsicht und unbeschadet der Entscheidungen des Verwaltungsausschusses die Fachaufsicht über die Zentralstelle.

(2) Die in der Zentralstelle tätigen Beamten, Angestellten und Arbeiter sind Bedienstete des Sitzlandes.

Artikel 4

Organe der Zentralstelle sind

1. der Verwaltungsausschuß,
2. der Beirat,
3. der Leiter.

Artikel 5

(1) Dem Verwaltungsausschuß gehört je ein Vertreter der für das Hochschulwesen zuständigen Landesministerien an. Zu den Sitzungen des Verwaltungsausschusses kann der Bund zwei Vertreter mit beratender Stimme entsenden.

(2) Der Verwaltungsausschuß beschließt

1. über die Einbeziehung von Studiengängen in das Verfahren der Zentralstelle (Artikel 8),
2. Vorschläge für die von den Ländern zu erlassenden Rechtsverordnungen (Artikel 12),
3. Grundsätze für eine einheitliche Kapazitätsermittlung und -festsetzung unter Berücksichtigung der von dem Planungsausschuß nach dem Hochschulbauförderungsgesetz ermittelten Richtwerte (Artikel 12),
4. über die statistische Auswertung der bei der Zentralstelle anfallenden Daten und deren Veröffentlichung,
5. die gemeinsame Geschäftsordnung für sich und den Beirat sowie die Geschäftsordnung und Richtlinien für die Arbeit der Zentralstelle einschließlich der Information von Studienberatungsstellen und Studienbewerbern,
6. den Haushaltsvorentwurf der Zentralstelle,
7. die Feststellung der Jahresrechnung der Zentralstelle,
8. die Zustimmung zur Besetzung von Stellen von leitenden Bediensteten,
9. über Anträge nach Artikel 2 Absatz 2.

(3) Der Verwaltungsausschuß ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der Ländervertreter anwesend ist. Ein Land kann den Vertreter eines anderen Landes zur Ausübung seines Stimmrechts ermächtigen. Beschlüsse werden mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gefaßt; in den Fällen des Absatzes 2 Nummern 1, 2, 3 und 9 ist eine Mehrheit von drei Vierteln der Stimmen der stimmberechtigten Mitglieder erforderlich.

Artikel 6

(1) Dem Beirat gehört je Land ein von den staatlichen Hochschulen des Landes nach Landesrecht bestimmter Vertreter an. Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses können an den Sitzungen des Beirats teilnehmen; sie sind auf Verlangen jederzeit zu hören.

(2) Der Beirat kann Empfehlungen zu den in Artikel 5 Absatz 2 Nummern 1, 2 und 3 genannten Angelegenheiten geben. Vor einem Beschluß des Verwaltungsausschusses hierzu ist der Beirat anzuhören.

Artikel 7

(1) Der Leiter wird durch den für das Hochschulwesen zuständigen Minister des Sitzlandes im Einvernehmen mit dem Verwaltungsausschuß bestellt.

(2) Der Leiter vertritt die Zentralstelle gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die Geschäfte der Zentralstelle.

Artikel 8

(1) In das Verfahren der Zentralstelle ist ein Studiengang so bald wie möglich einzubeziehen, wenn für ihn für alle ihn anbietenden staatlichen Hoch-

schulen die Zahl der höchstens aufzunehmenden Bewerber (Höchstzahl) festgesetzt und zu erwarten ist, daß die Zahl der Bewerber die Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Plätze übersteigt. In das Verfahren der Zentralstelle soll ein Studiengang einbezogen werden, wenn für ihn für die Mehrzahl der ihn anbietenden staatlichen Hochschulen Höchstzahlen festgesetzt sind. Andere Studiengänge und Studiengänge, zu deren Zugangsvoraussetzungen das Bestehen einer Aufnahmeprüfung gehört, können in das Verfahren der Zentralstelle einbezogen werden.

(2) Bei der Einbeziehung eines Studienganges in das Verfahren der Zentralstelle ist insbesondere festzulegen,

1. für welche Bewerber die Einbeziehung gilt,
2. für welche Fälle den Hochschulen die Entscheidung vorbehalten bleibt.

(3) Soweit Studiengänge in das Verfahren einbezogen werden, bestimmen die Rechtsverordnungen der Länder, daß die Bewerbungen an die Zentralstelle zu richten sind.

(4) Die Zentralstelle ermittelt auf Grund der Bewerbungsunterlagen nach den jeweiligen Zulassungsbestimmungen, an welcher Hochschule ein Bewerber zugelassen werden kann, und weist ihm den Studienplatz zu. Die betreffende Hochschule ist verpflichtet, den Bewerber einzuschreiben, wenn die übrigen Voraussetzungen für die Aufnahme als Student vorliegen. Soweit einem Bewerber ein Studienplatz nicht zugewiesen werden kann, erteilt ihm die Zentralstelle einen ablehnenden Bescheid. Ein Widerspruchsverfahren findet nicht statt. Für Verwaltungsstreitverfahren über Entscheidungen der Zentralstelle im Vergabeverfahren ist ausschließlich das Verwaltungsgericht örtlich zuständig, in dessen Bezirk die Zentralstelle ihren Sitz hat.

Artikel 9

(1) Für jede Hochschule ist die Höchstzahl der aufzunehmenden Bewerber nach Maßgabe des Landesrechts festzusetzen, wenn ein Studiengang in das Verfahren der Zentralstelle einbezogen wird.

(2) Höchstzahlen dürfen im Falle des Artikels 8 Absatz 1 Satz 1 nicht geringer angesetzt werden, als dies unter Berücksichtigung der personellen, räumlichen, sächlichen und fachspezifischen Gegebenheiten zur Aufrechterhaltung einer geordneten Wahrnehmung der Aufgaben der Hochschule in Forschung, Lehre und Studium unbedingt erforderlich ist. Dabei ist die Verwirklichung der in Absatz 3 genannten Ziele anzustreben.

(3) Liegen die Voraussetzungen des Artikels 8 Absatz 1 Satz 1 nicht vor, so können Höchstzahlen auch aus Gründen der Hochschulplanung festgesetzt werden, um folgende Ziele zu erreichen:

1. ein regional gleichmäßiges Bildungsangebot,
2. eine ausgewogene Verteilung der Studienanfänger auf die Hochschulen,
3. eine gleichmäßige Auslastung der Hochschulen,
4. die Erprobung neuer Studiengänge oder -methoden,
5. den geordneten Aus- oder Aufbau oder die Sicherung der Funktionsfähigkeit der Hochschulen.

(4) Die Länder werden bei der Ermittlung und Festsetzung der Höchstzahlen gemäß Absatz 2 und Absatz 3 die Grundsätze für eine einheitliche Kapazitätsermittlung und -festsetzung (Artikel 12 Absatz 1 Nummer 8 in Verbindung mit Artikel 5 Absatz 2 Nummer 3) anwenden.

(5) Höchstzahlen dürfen jeweils nur für einen bestimmten Zeitraum festgesetzt werden; dieser beträgt im Falle des Absatzes 2 in der Regel ein Jahr.

(6) Vor der Festsetzung von Höchstzahlen ist die Hochschule von der zuständigen Landesbehörde aufzufordern, unter Anwendung der Grundsätze für eine einheitliche Kapazitätsermittlung und -festsetzung (Artikel 5 Absatz 2 Nummer 3) einen Bericht vorzulegen; in ihm hat die Hochschule insbesondere darzustellen:

1. die Zahl der insgesamt aufzunehmenden Studienanfänger und Studenten,
2. die Entwicklung der Zahl der Studenten, der Studienanfänger und der Studienabgänger, des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals sowie der räumlichen und sächlichen Gegebenheiten in den letzten fünf Jahren,
3. die der Berechnung zugrunde gelegten sonstigen, insbesondere fachspezifischen und studienorganisatorischen Gegebenheiten.

(7) Die Absätze 2 bis 6 gelten entsprechend, wenn in einem Land für einen nicht in das Verfahren der Zentralstelle einbezogenen Studiengang die Höchstzahl der aufzunehmenden Bewerber festgesetzt wird.

Artikel 10

(1) Für das Vergabeverfahren gilt folgendes:

1. Verteilungsverfahren

Grundsätzlich werden die Studienplätze nach den Studienortwünschen der Bewerber vergeben. Übersteigt die Zahl der Bewerber die Gesamtzahl der Studienplätze nicht, reicht aber die Aufnahmekapazität einzelner Hochschulen nicht aus, so werden die Studienplätze an diesen Hochschulen nach den für die Studienortwahl maßgeblichen, in den Rechtsverordnungen der Länder (Artikel 12) auch in ihrer Rangfolge zu bestimmenden sozialen, insbesondere familiären und wirtschaftlichen Gründen zugewiesen. Den verbleibenden Bewerbern wird ein Studienplatz an einer nachrangig genannten Hochschule zugewiesen, soweit dort nach Berücksichtigung der Bewerber mit erstem Studienortwunsch noch freie Studienplätze vorhanden sind; Satz 2 gilt entsprechend. Kann ein Bewerber gemäß den Sätzen 1 bis 3 an keiner von ihm genannten Hochschule einen Studienplatz erhalten, so bietet ihm die Zentralstelle einen noch freien Studienplatz an einer anderen Hochschule an.

2. Auswahlverfahren

Übersteigt die Zahl der Bewerber die Gesamtzahl der Studienplätze, so werden die in das Verfahren einbezogenen Studienplätze insgesamt nach den Artikeln 11 und 12 vergeben. Den danach ausgewählten Bewerbern weist die Zentralstelle einen Studienplatz entsprechend den Studienortwünschen zu. Würden dabei auf eine Hochschule mehr Bewerber entfallen, als Studienplätze vorhanden sind, so wird unter ihnen nach den für die Studienortwahl maßgeblichen, in den Rechtsverordnungen der Länder (Artikel 12) auch in ihrer Rangfolge zu bestimmenden sozialen, insbesondere familiären und wirtschaftlichen Gründen ausgewählt. Den verbleibenden Bewerbern wird ein Studienplatz an einer nachrangig genannten Hochschule zugewiesen, soweit dort nach Berücksichtigung der Bewerber mit erstem Studienortwunsch noch freie Studienplätze vorhanden sind; Satz 3 gilt entsprechend. Kann ein nach Satz 1 zu berücksichtigender Bewerber gemäß den Sätzen 2 bis 4 an keiner von ihm genannten Hochschule einen Studienplatz erhalten, so wird er nicht zugelassen.

An seine Stelle tritt der rangnächste Bewerber der jeweiligen Gruppe, der sich für eine Hochschule mit noch freien Studienplätzen beworben hat.

(2) Hat ein Bewerber in seinem Zulassungsgesuch mehrere Hochschulen genannt, so gilt die Bewerbung für die zweite und jede weitere Hochschule in ihrer Reihenfolge als Hilfsantrag.

(3) Hat ein Bewerber in seinem Zulassungsgesuch alternativ mehrere Studiengänge oder Kombinationen von Studiengängen genannt, so gilt die Bewerbung für den zweiten und jeden weiteren Studiengang oder für die zweite und jede weitere Kombination in ihrer Reihenfolge als Hilfsantrag. Sind mehrere Hochschulen und mehrere Studiengänge genannt, so geht der Studiengangwunsch dem Studienortwunsch vor.

(4) Für einen Studiengang oder eine Studiengangkombination werden zunächst die Bewerber berücksichtigt, die diesen Studiengang oder diese Studiengangkombination an erster Stelle genannt haben. Danach werden Bewerber, die den Studiengang oder die Studiengangkombination an zweiter oder an einer weiteren Stelle genannt haben, in der gewählten Reihenfolge berücksichtigt.

Artikel 11

(1) Im Falle des Artikels 10 Absatz 1 Nummer 2 Satz 1 werden die Studienplätze nach folgenden Grundsätzen vergeben:

1. überwiegend nach der Qualifikation der Bewerber für das gewählte Studium; Leistungen, die in einem engen Zusammenhang mit dem gewählten Studium stehen, können besonders gewertet werden,
2. im übrigen nach der Dauer der Zeit, die seit dem Erwerb der Berechtigung für das gewählte Studium verstrichen ist (Wartezeit); die Berechtigung soll grundsätzlich nicht älter als acht Jahre sein.

Hierbei kann auch vorgesehen werden, daß die Maßstäbe nach Satz 1 Nummer 1 und Nummer 2 für einen bestimmten Teil der Studienplätze kombiniert werden oder daß im Rahmen von Satz 1 Nummer 2 die Qualifikation mit zu berücksichtigen ist.

(2) Folgenden Bewerbern ist vorab je ein bestimmter Teil der zur Verfügung stehenden Studienplätze vorzubehalten:

1. Bewerbern, für die eine Vergabung der Zulassung nach Absatz 1 eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde (bis zu fünfzehn vom Hundert),
2. ausländischen und staatenlosen Bewerbern (bis zu acht vom Hundert).

(3) Bei gleichem Rang nach Absatz 1 oder gleicher außergewöhnlicher Härte (Absatz 2 Nummer 1) haben diejenigen Bewerber den Vorrang, die eine Dienstpflicht nach Artikel 12a Absätze 1 oder 2 des Grundgesetzes erfüllt haben, mindestens zwei Jahre als Entwicklungshelfer im Sinne des Entwicklungshelfergesetzes vom 18. Juni 1969 (Bundesgesetzblatt I Seite 549) tätig waren oder das freiwillige soziale Jahr im Sinne des Gesetzes zur Förderung des freiwilligen sozialen Jahres vom 17. August 1964 (Bundesgesetzblatt I Seite 640) geleistet haben. Diesen Bewerbern darf aus einer Verschärfung der Zulassungsbedingungen, die seit Beginn ihres Dienstes eingetreten ist, kein Nachteil erwachsen.

(4) Die Auswahl unter ausländischen und staatenlosen Bewerbern (Absatz 2 Nummer 2) erfolgt in erster Linie nach der Qualifikation. Daneben können nach Maßgabe der Rechtsverordnungen der Länder besondere Umstände berücksichtigt werden,

die für ein Studium des Bewerbers in der Bundesrepublik Deutschland sprechen. Als ein solcher Umstand ist es insbesondere anzusehen, wenn der Bewerber Absolvent einer deutschen Auslandsschule ist oder wenn ihm von einer deutschen Einrichtung zur Förderung begabter Studenten für ein Studium in der Bundesrepublik Deutschland ein Stipendium gewährt worden ist.

(5) Die Rechtsverordnungen der Länder können für Bewerber, die nicht Studienanfänger sind, vorsehen, daß die Auswahl auf Grund von während des bisherigen Studiums erworbenen Leistungsnachweisen erfolgt. Studienanfänger sind Bewerber, die für die Fachrichtung, in der sie die Zulassung beantragen, bisher noch nicht an einer Hochschule immatrikuliert waren.

(6) Die einzelnen Länder sollen folgenden Bewerbern vorab je einen bestimmten Teil der zur Verfügung stehenden Studienplätze vorbehalten:

1. aktiven Sanitätsdienstanwärtern der Bundeswehr für die Studiengänge Medizin, Zahnmedizin, Tiermedizin und Pharmazie (bis zu zwei vom Hundert),
2. Bewerbern für den öffentlichen Gesundheitsdienst, die sich nach den dafür maßgeblichen Landesvorschriften verpflichtet haben (bis zu zwei vom Hundert).

(7) Die Absätze 1 bis 6 gelten entsprechend, wenn in einem Land für einen nicht in das Verfahren der Zentralstelle einbezogenen Studiengang die Höchstzahl der aufzunehmenden Bewerber festgesetzt ist.

(8) Für die Bewertung der Reifezeugnisse und der Zeugnisse der Fachhochschulreife sind einheitliche Maßstäbe zu entwickeln, um im gesamten Geltungsbereich des Staatsvertrages eine gerechte Zulassung nach dem Grad der Qualifikation zu gewährleisten. So lange solche Maßstäbe noch nicht entwickelt sind, ist nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

Für jedes Land werden jährlich die Durchschnittsnoten aller Reifezeugnisse festgestellt. Aus dem Ergebnis der einzelnen Länder wird eine Gesamtdurchschnittsnote für alle Länder ermittelt. Unterschreitet die Durchschnittsnote eines Landes die Gesamtdurchschnittsnote, so werden für das Vergabeverfahren die Noten der Reifezeugnisse dieses Landes um die Differenz heraufgesetzt, im umgekehrten Fall entsprechend herabgesetzt.

Entsprechendes gilt für Zeugnisse der Fachhochschulreife.

Einzelheiten werden vom Verwaltungsausschuß beschlossen.

Artikel 12

(1) Die Länder regeln durch Rechtsverordnungen

1. die Verteilungs- und Auswahlkriterien im einzelnen (Artikel 10 und 11),
2. in welcher Weise unter ranggleichen Bewerbern ausgewählt wird; hierbei kann auch die Entscheidung durch das Los vorgesehen werden,
3. in welchen Fällen Bewerbungen an die Zentralstelle zu richten sind (Artikel 8 Absatz 3),
4. Bestimmungen nach Artikel 8 Absatz 2,
5. die Einzelheiten des Bewerbungsverfahrens einschließlich der Fristen,
6. die Einzelheiten des Vergabeverfahrens sowie die Vergabe nicht in Anspruch genommener oder aus anderen Gründen freibleibender Plätze, auch an Bewerber, die die Fristen versäumt haben,
7. die Einzelheiten der Einbeziehung von Studiengängen,

8. die Grundsätze für eine einheitliche Kapazitätsermittlung und -festsetzung unter Berücksichtigung der vom Planungsausschuß nach dem Hochschulbauförderungsgesetz ermittelten Richtwerte (Artikel 5 Absatz 2 Nummer 3).

(2) Die Rechtsverordnungen der Länder nach Absatz 1 müssen übereinstimmen.

(3) Den Rechtsverordnungen der Länder ist für Vergabeverfahren, deren Bewerbungsfrist vor Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten des Staatsvertrages endet, die Anlage zugrunde zu legen, soweit nicht vorher übereinstimmende andere Regelungen getroffen werden.

Artikel 13

(1) Der Haushaltsvorentwurf bedarf der Zustimmung der Kultusminister und der Finanzminister der Länder mit einer Mehrheit von jeweils zwei Dritteln der Stimmen.

(2) Das Sitzland verpflichtet sich, die Zentralstelle nach den Beschlüssen der Kultusminister und der Finanzminister der Länder in seinen Haushaltsplan aufzunehmen. Die Länder verpflichten sich, dem Sitzland den rechnermäßigen Zuschußbetrag anteilig zu erstatten. Der Betrag wird auf die einzelnen Länder zu zwei Dritteln nach dem Verhältnis ihrer Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach dem Verhältnis ihrer Bevölkerungszahl umgelegt. Als Steuereinnahmen gelten die im Länderfinanzausgleich zugrunde gelegten Steuereinnahmen der Länder. Die Steuereinnahmen erhöhen oder vermindern sich um die Beträge, welche die Länder im Rahmen des Länderfinanzausgleichs von anderen Ländern erhalten oder an andere Länder abführen. Maßgebend sind die Steuereinnahmen und die vom Statistischen Bundesamt für den 30. Juni festgestellte Bevölkerungszahl des dem Rechnungsjahr zwei Jahre vorausgehenden Rechnungsjahres.

(3) Die in die Haushaltsrechnung der Zentralstelle nicht eingehenden besonderen Kosten des Sitzlandes werden von den übrigen Ländern nach Abzug des auf das Sitzland entfallenden Anteils dem Sitzland abgegolten. Hierfür gelten die Bestimmungen von Absatz 2 entsprechend.

(4) Die Anteilsbeträge der Länder werden im Laufe eines jeden Rechnungsjahres in zwei Teilbeträgen zum 1. Januar und zum 1. Juli nach den Ansätzen des Haushaltsplanes fällig. Über- und Minderzahlungen gegenüber dem sich nach der Jahresrechnung ergebenden Finanzbedarf werden bei dem zweiten Teilbetrag des folgenden Rechnungsjahres ausgeglichen.

(5) Für die Bewirtschaftung der im Haushaltsplan ausgewiesenen Einnahmen und Ausgaben und für die Prüfung der Jahresrechnung sind die im Sitzland geltenden Vorschriften maßgebend. Das Sitzland teilt das Ergebnis des Prüfungsverfahrens den vertragsschließenden Ländern mit.

Artikel 14

Staatlich anerkannte Hochschulen können auf Antrag des Landes mit Zustimmung des Trägers in das Verfahren der Zentralstelle einbezogen werden. Die Entscheidung trifft der Verwaltungsausschuß. Öffentliche nichtstaatliche Fachhochschulen gelten als staatlich anerkannte Hochschulen im Sinne dieses Staatsvertrages.

Artikel 15

(1) Ordnungswidrig handelt, wer bei einer Bewerbung gegenüber der Zentralstelle vorsätzlich oder

fahrlässig falsche Angaben über die nach den Rechtsverordnungen der Länder für die Vergabe der Studienplätze maßgeblichen Daten macht.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu DM 1000,— geahndet werden.

(3) Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Zentralstelle.

(4) Beruht die Zuweisung eines Studienplatzes durch die Zentralstelle auf falschen Angaben des Bewerbers, so nimmt die Zentralstelle sie zurück; ist sie sonst fehlerhaft, so kann die Zentralstelle sie zurücknehmen. Nach Ablauf eines Jahres ist die Rücknahme ausgeschlossen.

Artikel 16

(1) Dieser Staatsvertrag tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die letzte Ratifikationsurkunde bei der Staatskanzlei des Sitzlandes hinterlegt ist. Diese teilt den Ländern die Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde mit.

(2) Dieser Staatsvertrag gilt für unbestimmte Zeit. Er kann von jedem Land durch schriftliche Erklärungen gegenüber den übrigen vertragsschließenden Ländern zum Schluß des Kalenderjahres mit einer Frist von zwei Jahren gekündigt werden, erstmals zum Ablauf des fünften Jahres nach seinem Inkrafttreten. Die Kündigung durch ein Land bewirkt, daß der Staatsvertrag mit Wirkung für alle Länder außer Kraft tritt.

(3) Die Länder sind verpflichtet, auf Antrag eines Landes die Regelungen des Staatsvertrages nach Ablauf von drei Jahren, seit seinem Inkrafttreten zu überprüfen.

(4) Nach Außerkrafttreten des Staatsvertrages ist die Zentralstelle aufzulösen. Die Bediensteten, die nicht durch Kündigung entlassen werden können, sind nach Möglichkeit von den Ländern in geeignete Verwaltungsbereiche zu übernehmen. Die Vorschriften des Sitzlandes über die beamtenrechtlichen Folgen bei Auflösung von Behörden bleiben unberührt.

(5) Die Länder sind verpflichtet, dem Sitzland alle in Ausführung des Staatsvertrages entstehenden Aufwendungen für Verpflichtungen, die über das Ende des Staatsvertrages hinaus bestehen bleiben, nach Maßgabe des Artikels 13 Absatz 2 zu erstatten.

(6) Über die Verwendung des der Zentralstelle dienenden Vermögens beschließen die Kultusminister und Finanzminister der Länder mit einer Mehrheit von jeweils zwei Dritteln der Stimmen.

Artikel 17

(1) Die Einberufung der ersten Sitzung des Verwaltungsausschusses und des Beirats erfolgt durch den für das Hochschulwesen zuständigen Minister des Sitzlandes.

(2) Bis zur Einstellung des erforderlichen Personals der Zentralstelle werden deren Geschäfte vorläufig von dem für das Hochschulwesen zuständigen Ministerium des Sitzlandes geführt. Die dem Sitzland hierfür und für die bis zum Inkrafttreten des Staatsvertrages notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen entstehenden Kosten werden dem Sitzland in entsprechender Anwendung des Artikels 13 Absatz 2 von den Ländern erstattet.

(3) Auf Einzelantrag sind die Bediensteten der Zentralen Registrierstelle der Stiftung zur Förderung der Westdeutschen Rektorenkonferenz von der Zentralstelle nach den für die jeweiligen Arbeitsver-

hältnisse im Sitzland maßgebenden Vorschriften zu übernehmen.

Artikel 18

Soweit für eine Übergangszeit zum Studium an einer Fachhochschule auch solche Bewerber berechtigt sind, die nach früherem Recht die Vorbildung zum Besuch einer Ingenieurschule oder einer Höheren Fachschule erworben hatten, können die Rechtsverordnungen der Länder (Artikel 12) bestimmen, daß ihnen ein bestimmter Teil der Studienplätze vorbehalten wird und daß die Auswahl unter ihnen abweichend von Artikel 11 Absatz 1 nur nach der Zeitdauer erfolgt, die seit dem Erwerb der Berechtigung verstrichen ist.

Stuttgart, den 20. Oktober 1972

Für das Land Baden-Württemberg:

Dr. Filbinger

Für den Freistaat Bayern:

Goppel

Für das Land Berlin:

Grabert

Für die Freie Hansestadt Bremen:

Mevisen

Für die Freie und Hansestadt Hamburg:

Peter Schulz

Für das Land Hessen:

Hemfler

Für das Land Niedersachsen:

Kubel

Für das Land Nordrhein-Westfalen:

Wertz

Für das Land Rheinland-Pfalz:

Meyer

Für das Saarland:

Schnur

Für das Land Schleswig-Holstein:

Stoltenberg

Anlage

zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen vom 20. Oktober 1973

Bestimmungen

für die Auswahl von Studienbewerbern

A. Auswahl im Falle des Artikels 10 Absatz 1 Nummer 2 Satz 1

1. Allgemeines

1.1 Die zur Verfügung stehenden Studienplätze werden wie folgt vergeben:

1.1.1 sechzig vom Hundert an Bewerber, die nach Eignung und Leistung ausgewählt werden (Nummer 2),

1.1.2 vierzig vom Hundert an Bewerber, die nach der Dauer der Zeit, die seit dem Erwerb der Berechtigung für das gewählte Studium ver-

strichen ist (Wartezeit), ausgewählt werden (Nummer 3).

1.2 Folgenden Bewerbern ist vorab je ein bestimmter Teil der Studienplätze vorzubehalten:

1.2.1 Studienbewerbern, für die eine Versagung der Zulassung nach Nummer 1.1 eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde (bis zu fünfzehn vom Hundert),

1.2.2 ausländischen und staatenlosen Studienbewerbern (bis zu acht vom Hundert).

1.3 Die einzelnen Länder sollen folgenden Bewerbern vorab je einen bestimmten Teil der zur Verfügung stehenden Studienplätze vorbehalten:

1.3.1 aktiven Sanitätsdienstanwärtern der Bundeswehr für die Studiengänge Medizin, Zahnmedizin, Tiermedizin und Pharmazie (bis zu zwei vom Hundert),

1.3.2 Bewerbern für den öffentlichen Gesundheitsdienst, die sich nach den dafür maßgeblichen Landesvorschriften verpflichtet haben (bis zu zwei vom Hundert).

1.4 Sind für die Vergabe nach Nummern 1.2 und 1.3 weniger geeignete Bewerber vorhanden als Studienplätze, so werden frei bleibende Studienplätze nach Nummer 1.1 vergeben.

1.5 Stützt sich eine Bewerbung auf mehrere Hochschulzugangsberechtigungen, so ist die jeweils günstigere zugrunde zu legen.

2. Auswahl nach Eignung und Leistung

2.1 Der Rang der Bewerber bestimmt sich aus der Hochschulzugangsberechtigung nach Maßgabe der Nummern 2.2 bis 2.10.

2.2 Bei Bewerbern, die die Reifeprüfung an einem Gymnasium im Geltungsbereich des Grundgesetzes bestanden haben, bestimmt sich der Rang nach der Durchschnittsnote, die gebildet wird aus den Noten des Reifezeugnisses und den nicht im Reifezeugnis enthaltenen Noten der am Ende des 11. und 12. Schuljahres abgeschlossenen Fächer. Die Noten in den Fächern Religion, Kunsterziehung, Musik und Leibesübungen werden gewertet, soweit sie dem gewählten Studienfach entsprechen. Die Noten in den Fächern Kunsterziehung, Musik und Leibesübungen werden auch gewertet, soweit sie Kernpflichtfach waren. Noten in zusätzlichen Unterrichtsveranstaltungen und in Arbeitsgemeinschaften bleiben unberücksichtigt. Falls das Reifezeugnis keine Note in dem Fach Gemeinschaftskunde enthält, ist diese aus dem Durchschnitt der Noten in den Fächern Geschichte, Erdkunde, Sozialkunde und Philosophie zu bilden.

2.3 Enthält das Reifezeugnis den Hinweis, daß es erteilt ist auf der Grundlage der Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen der allgemeinen Hochschulreife, die an Gymnasien mit neugestalteter Oberstufe erworben wurde (Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 7. Mai 1971) oder auf der Grundlage der Vereinbarung zur Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II vom 7. Juli 1972, so richtet sich der Rang der Bewerber nach der im Reifezeugnis ausgewiesenen Durchschnittsnote.

- 2.4 Bei Bewerbern mit einer Hochschulzugangsberechtigung, die mit dem Abschluß an einer Fachhochschule, Ingenieurschule, Höheren Fachschule oder einer gleichrangigen Bildungseinrichtung im Geltungsbereich des Grundgesetzes erworben wurde, bestimmt sich der Rang nach der im Zeugnis ausgewiesenen Gesamtnote, anderenfalls nach dem Durchschnitt der einzelnen Noten.
- 2.5 Auf Zeugnisse der Fachhochschulreife, die im Geltungsbereich des Grundgesetzes erworben wurden, findet Nummer 2.2 entsprechende Anwendung.
- 2.6 Der Rang der Bewerber mit anderen Hochschulzugangsberechtigungen bestimmt sich grundsätzlich nach der darin ausgewiesenen Gesamtnote, anderenfalls grundsätzlich nach dem Durchschnitt der einzelnen Noten. Erforderlichenfalls setzt das zuständige Kultusministerium eine Note fest; hierbei sind einzelne Prüfungsleistungen, die der Hochschulzugangsberechtigung zugrunde liegen, zur Beurteilung heranzuziehen.
- 2.7 Die Durchschnittsnote wird bis auf eine Stelle hinter dem Komma errechnet; es wird nicht aufgerundet.
- 2.8 Bei Bewerbungen für das Studienfach Pharmazie wird bei Bewerbern, die auf Grund der Prüfungsordnung für Apotheker vom 8. Dezember 1934 (Reichsministerialblatt Seite 769) die pharmazeutische Vorprüfung bestanden haben, die nach den vorstehenden Nummern maßgebliche Note oder Durchschnittsnote um 1,0 verbessert.
- 2.9 Bei Studiengängen, zu deren Zugangsvoraussetzungen das Bestehen einer Aufnahmeprüfung gehört, können die Rechtsverordnungen (Artikel 12) vorsehen, daß sich der Rang auch oder ausschließlich nach dem Ergebnis dieser Prüfung bestimmt.
- 2.10 Bei Bewerbern mit einer Hochschulzugangsberechtigung, die an den Bewerber besondere Anforderungen stellt, können die Rechtsverordnungen (Artikel 12) vorsehen, daß die nach den vorstehenden Nummern maßgebliche Durchschnittsnote bis zu 0,5 verbessert wird.
3. Auswahl nach Wartezeit
- 3.1 Der Rang der Bewerber wird bestimmt durch das Jahr, in dem die Berechtigung für das gewählte Studium erworben wurde; der Bewerber des älteren Jahrgangs hat den Vorrang. Reifezeugnisse und andere Schulabschlußzeugnisse, die in Berlin und Hamburg zwischen dem 1. Januar und dem 31. März erworben wurden, werden als Zeugnisse des vorangegangenen Jahres gewertet; dies gilt nicht, wenn die Prüfung vor dem Jahr 1967 abgelegt wurde.
- 3.2 Es werden nur solche Bewerber berücksichtigt, die die Hochschulzugangsberechtigung vor weniger als acht Jahren erworben haben. Maßgebend für die Frist ist der Beginn des Semesters, zu dem die Zulassung beantragt wird.
- 3.3 Ausnahmen von Nummer 3.2 sind zulässig, zum Beispiel für Bewerber mit einem erfolgreich abgeschlossenen Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule, wenn das Studium in der gewünschten Fachrichtung eine sinnvolle Ergänzung ihres Erststudiums darstellt.
4. Auswahl nach Härtegesichtspunkten
- 4.1 Zur Vermeidung außergewöhnlicher Härten werden Studienplätze an solche Bewerber vergeben, die nach den Nummern 2 und 3 in keinem der gewählten Studiengänge zugelassen werden. Die Berücksichtigung erfolgt allein an der an erster Stelle gewählten Hochschule und in dem an erster Stelle gewählten Studiengang oder in der an erster Stelle gewählten Studiengangkombination.
- 4.2 Eine außergewöhnliche Härte liegt vor, wenn die Ablehnung des Zulassungsantrags mit Nachteilen verbunden ist, die bei Anlegung eines strengen Maßstabes über das Maß der mit der Ablehnung üblicherweise verbundenen Nachteile erheblich hinausgehen.
- 4.3 Als Nachteile, die mit einer Ablehnung des Zulassungsantrages verbunden sind, kommen insbesondere in Betracht:
- 4.3.1 besondere soziale und familiäre Umstände, die die alsbaldige Aufnahme des Studiums des betreffenden Studiengangs an der gewählten Hochschule erfordern,
- 4.3.2 Nachteile, die auf Grund des Einschlagens des zweiten Bildungsweges entstanden,
- 4.3.3 Zeitverluste bei der Aufnahme des Studiums, die vom Bewerber nicht zu vertreten sind.
- 4.4 Die Auswahl unter den in Betracht kommenden Bewerbern wird nach dem Grad der außergewöhnlichen Härte vorgenommen.
5. Bevorzugte Zulassung
- Die in Artikel 11 Absatz 3 genannten Bewerber sind bevorzugt zuzulassen, wenn
- 5.1 bei Beginn ihres dort genannten Dienstes für den betreffenden Studiengang nicht an allen Hochschulen Zulassungsbeschränkungen bestanden oder
- 5.2 sie bei einer früheren Bewerbung auf Grund ihrer Eignung (Nummer 2) oder der Wartezeit (Nummer 3) zugelassen worden wären.
- B. Auswahl in den Fällen des Artikels 10 Absatz 1 Nummer 1 Satz 2 und Nummer 2 Satz 3
6. Für die Studienortwahl maßgebliche Gründe
- In den Fällen des Artikels 10 Absatz 1 Nummer 1 Satz 2 und Nummer 2 Satz 3 werden die Studienplätze entsprechend den Studienortwünschen der Bewerber in der nachstehenden Rangfolge vergeben:
- a) erster Wohnsitz der Familie (Ehegatte, Kinder) des Studienbewerbers am Studienort, im Kreis des Studienortes oder in den an den Studienort oder den Kreis angrenzenden Kreisen oder kreisfreien Städten,
- b) erster Wohnsitz der Eltern des Studienbewerbers am Studienort, im Kreis des Studienortes oder in den an den Studienort oder den Kreis angrenzenden Kreisen oder kreisfreien Städten,
- c) erster Wohnsitz des Studienbewerbers am Studienort, im Kreis des Studienortes oder in den an den Studienort oder den Kreis angrenzenden Kreisen oder kreisfreien Städten,

d) keiner der vorgenannten Gründe.

Im Sinne des Satzes 1 Buchstaben a bis c gelten Bremen und Bremerhaven als ein Studienort.

Sofern ein Kreis oder eine kreisfreie Stadt oder die hieran angrenzenden Kreise oder kreisfreien Städte nicht Sitz einer Hochschule sind, gilt dieser Kreis oder diese kreisfreie Stadt im Sinne der vorstehenden Regelung als an den Sitz der nächstgelegenen Hochschule des Landes angrenzend.

Bei Ranggleichheit erfolgt die Auswahl nach den Artikeln 11 und 12.

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz — FAG)

Vom 27. März 1973

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Das Finanzausgleichsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. August 1972 (GVBl S. 318) wird wie folgt geändert:

1. In Art. 10 wird „, Krankenhäusern“ gestrichen.
2. Es wird folgender neuer Art. 10 b eingefügt:

„Art. 10 b

(1) Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben die Kosten des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG) vom 29. Juni 1972 (BGBl I S. 1009), soweit sie nicht durch Finanzhilfen des Bundes gedeckt werden, insgesamt zur Hälfte zu tragen (Kommunalanteil).

(2) Die Landkreise oder kreisfreien Gemeinden haben zu den in § 22 Abs. 1 Satz 2 KHG genannten Aufwendungen, die in ihrem Gebiet entstehen, eine Beteiligung von 10 bis 20 v. H. der förderungsfähigen Kosten zu erbringen (örtliche Beteiligung). Die örtliche Beteiligung kann ausnahmsweise auch unter 10 v. H. festgesetzt werden.

(3) Ist der Staat, ein Bezirk, eine kreisangehörige Gemeinde oder ein kommunaler Zweckverband Träger eines gebietszugehörigen Krankenhauses, so erbringt dieser in Abweichung von Absatz 2 die örtliche Beteiligung. Bei der Berechnung des Kommunalanteils (Absatz 1) bleiben die Beträge, die der Staat als örtliche Beteiligung für die Förderung seiner eigenen Krankenhäuser aufzubringen hat, außer Betracht.

(4) Der durch die örtliche Beteiligung nicht gedeckte Kommunalanteil ist von den Landkreisen und kreisfreien Gemeinden in Form einer Umlage aufzubringen (Krankenhausumlage). Die Umlage wird je zur Hälfte nach der Umlagekraft (Art. 21 Abs. 3) und der Einwohnerzahl der Landkreise und kreisfreien Gemeinden erhoben.

(5) Die für die Bemessung der örtlichen Beteiligung sowie für die Erhebung und Abrechnung des Kommunalanteils und für die finanzielle Abwicklung der Verteilung der Förderungsmittel nach dem KHG erforderlichen Rechtsverordnungen erläßt das Staatsministerium der Finanzen im Ein-

vernehmen mit den Staatsministerien des Innern und für Arbeit und Sozialordnung. In den Rechtsverordnungen ist auch die Mitwirkung der Landkreise und kreisfreien Gemeinden an der Planung und Durchführung von Maßnahmen zu regeln, für die sie die örtliche Beteiligung zu erbringen haben.“

3. In Art. 23 Abs. 2 werden die Worte „die Gewährung von Zuschüssen und Darlehen zum Bau von Krankenhäusern betreffen, ergehen sie im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, soweit sie“ gestrichen.

§ 2

(1) Für das Jahr 1972 wird der in § 1 Nr. 2 vorgesehene Kommunalanteil nach Maßgabe der Absätze 2 mit 6 in Form einer örtlichen Beteiligung erhoben.

(2) Die Landkreise oder kreisfreien Gemeinden haben zu den in § 22 Abs. 1 Satz 1 KHG genannten Aufwendungen, die in ihrem Gebiet entstehen, eine örtliche Beteiligung in Höhe von insgesamt 50 v. H. der vom Bund nicht gedeckten Beträge zu leisten.

(3) Die Landkreise und kreisfreien Gemeinden haben zu den in § 22 Abs. 1 Satz 2 genannten Aufwendungen, die in ihrem Gebiet entstehen, eine örtliche Beteiligung in Höhe von 25 bis 40 v. H. der förderungsfähigen Kosten zu erbringen.

(4) Ist der Staat, ein Bezirk, eine kreisangehörige Gemeinde oder ein kommunaler Zweckverband Träger eines gebietszugehörigen Krankenhauses, so hat dieser in Abweichung von den Absätzen 2 und 3 die örtliche Beteiligung zu erbringen. Bei der Berechnung der örtlichen Beteiligung insgesamt nach Absatz 2 bleiben die Beträge, die der Staat als örtliche Beteiligung zu leisten hat, außer Betracht.

(5) Maßgebend für die Verpflichtung zur Aufbringung der örtlichen Beteiligung ist jeweils der Gebietsstand vom 1. Januar 1972.

(6) Die Festsetzung der örtlichen Beteiligung nach den Absätzen 2 und 3 erfolgt nach den Verhältnissen im Einzelfall. Die örtliche Beteiligung nach Absatz 3 kann ausnahmsweise auch unter 25 v. H. festgesetzt werden.

§ 3

Dieses Gesetz ist dringlich. § 1 Nr. 1, Abs. 5 des durch § 1 Nr. 2 eingefügten neuen Art. 10 b, § 1 Nr. 3 sowie § 2 treten mit Wirkung vom 1. Januar 1972 in Kraft; im übrigen tritt das Gesetz am 1. Januar 1973 in Kraft.

München, den 27. März 1973

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. Goppel

Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zur Förderung sozialer Hilfsdienste

Vom 27. März 1973

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

Art. 1

Als Einrichtungen und Anstalten, bei denen soziale Hilfsdienste im Sinne des § 1 des Gesetzes zur Förderung sozialer Hilfsdienste vom 17. April 1972 (BGBl I S. 609) verrichtet werden können, sind die Einrichtungen und Anstalten der Wohlfahrtspflege, der Gesundheits- und der Jugendhilfe der Körperschaften

des öffentlichen Rechts zugelassen, die der Aufsicht des Freistaates Bayern unterstehen.

Art. 2

Die gemäß Art. 1 zugelassenen Einrichtungen und Anstalten haben dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung unverzüglich anzuzeigen, wenn sie erstmalig Personen nach den Bestimmungen des Gesetzes zur Förderung sozialer Hilfsdienste beschäftigen.

Art. 3

Dieses Gesetz tritt am 1. März 1973 in Kraft.

München, den 27. März 1973

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. Goppel

Gesetz

zur Ausführung des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres (AGFSJG)

Vom 27. März 1973

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

Art. 1

Träger des freiwilligen sozialen Jahres sind neben den Gebietskörperschaften (§ 2 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres vom 17. August 1964 — BGBl I S. 640 —, geändert durch das Gesetz vom 12. Juli 1968 — BGBl I S. 805) auch die sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Freistaates Bayern unterstehen. Diese Körperschaften haben dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung unverzüglich anzuzeigen, wenn sie erstmalig als Träger des freiwilligen sozialen Jahres tätig werden.

Art. 2

Zuständige Landesbehörde nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres ist das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Art. 3

Dieses Gesetz tritt am 1. März 1973 in Kraft.

München, den 27. März 1973

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. Goppel

Verordnung

zur Änderung der Bayerischen Nebentätigkeitsverordnung

Vom 15. März 1973

Auf Grund des Art. 78 des Bayerischen Beamtengesetzes und des Art. 43 Abs. 3 des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

§ 9 der Bayerischen Nebentätigkeitsverordnung vom 13. Dezember 1966 (GVBl S. 486) wird wie folgt geändert:

1. Absatz 2 Satz 2 wird aufgehoben.
2. Es wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Auf die Abrechnung oder Erklärung kann verzichtet werden, wenn die im abgelaufenen Kalen-

derjahr zugeflossenen Vergütungen zusammen 7800,— DM nicht überschreiten. Dies gilt nicht, wenn ablieferungspflichtige Vergütungen (§ 6 Abs. 3), die für die in einem früheren Kalenderjahr ausgeübten Nebentätigkeiten nachträglich zugeflossen sind, zusammen mit früher zugeflossenen ablieferungspflichtigen Vergütungen für Nebentätigkeiten in demselben Kalenderjahr 7800,— DM überschreiten.“

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1973 in Kraft.

München, den 15. März 1973

Der Bayerische Ministerpräsident
In Vertretung

Dr. Held,
Stellvertreter des Ministerpräsidenten
und Staatsminister der Justiz

Verordnung

zur Änderung der Weihnachtswahlverordnungsverordnung

Vom 15. März 1973

Auf Grund des Art. 88 b des Bayerischen Beamtengesetzes und des Art. 54 des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die Weihnachtswahlverordnungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 1971 (GVBl S. 390) wird wie folgt geändert:

1. In § 6 Abs. 1 Nr. 2 wird „nach den Nrn. 5, 6, 7, 8“ ersetzt durch „nach Nummer 7“.
2. Dem § 6 Abs. 3 wird folgender Satz 2 angefügt:
„Hat ein Berechtigter im Laufe des Kalenderjahres den Grundwehrdienst, eine Wehrübung oder den zivilen Ersatzdienst beendet, so findet Satz 1 auf die Zeit dieser Dienstleistung keine Anwendung, wenn der Berechtigte unverzüglich in den öffentlichen Dienst zurückkehrt.“

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Dezember 1972 in Kraft.

München, den 15. März 1973

Der Bayerische Ministerpräsident
In Vertretung

Dr. Held,
Stellvertreter des Ministerpräsidenten
und Staatsminister der Justiz

Neunte Verordnung

zur Änderung der Unterhaltszuschußverordnung

Vom 15. März 1973

Auf Grund des Art. 97 des Bayerischen Beamtengesetzes erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die Unterhaltszuschußverordnung (UZV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juli 1970

(GVBl S. 341), geändert durch Verordnung vom 22. Oktober 1971 (GVBl S. 389), wird wie folgt geändert:

1. § 7 erhält folgende Fassung:

„§ 7

Der Grundbetrag beträgt monatlich für die Anwärter

des einfachen Dienstes	402 DM,
des mittleren Dienstes	509 DM,
des gehobenen Dienstes	624 DM,
des höheren Dienstes	903 DM.“

2. § 8 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Der Verheiratenzuschlag beträgt monatlich für Anwärter

des einfachen Dienstes	146 DM,
des mittleren Dienstes	168 DM,
des gehobenen Dienstes	196 DM,
des höheren Dienstes	223 DM.“

b) In Satz 2 wird „43 DM“ durch „44,50 DM“ ersetzt.

3. Die Übersicht in § 9 erhält folgende Fassung:

„Anwärter	nach Vollendung des		
	26.	32.	38.
	Lebensjahres		
	DM	DM	DM
des einfachen Dienstes	59	116	171
des mittleren Dienstes	80	151	226
des gehobenen Dienstes	93	185	276
des höheren Dienstes	114	222	330.“

4. § 9 a Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Für Anwärter der Polizei gilt die Rechtsverordnung der Bundesregierung nach § 36 a BBesG entsprechend. Für die Zeit des ständigen Einsatzes der Anwärter im Polizeivollzugsdienst (Einzeldienst) erhalten sie einen Zuschlag von 96,89 DM.“

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1972 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten jedoch von dem durch § 1 Nr. 4 dieser Verordnung neugefaßten § 9 a Abs. 2 UZV

1. Satz 1 mit Wirkung vom 1. Mai 1972 und

2. Satz 2 mit Wirkung vom 1. Juli 1972 in Kraft.

München, den 15. März 1973

Der Bayerische Ministerpräsident

In Vertretung

Dr. Held,

Stellvertreter des Ministerpräsidenten
und Staatsminister der Justiz

**Verordnung
über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über
eine Altershilfe für Landwirte**

Vom 22. März 1973

Auf Grund des § 2 a Satz 2 und des § 42 Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1965 (BGBl I S. 1448), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 1972 (BGBl I S. 1293), erläßt

die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Für die Ausstellung der Bescheinigungen nach § 2 a Satz 2 und § 42 Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte sind die staatlichen Forstämter als untere Forstbehörden zuständig. Sie entscheiden über das Vorliegen der Voraussetzungen des § 2 a Satz 1 Nrn. 2 und 3 im Einvernehmen mit dem Amt für Landwirtschaft, über das Vorliegen der Voraussetzungen des § 2 a Satz 1 Nrn. 3 und 4 im Einvernehmen mit der Kreisverwaltungsbehörde.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. April 1973 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Verordnung über die Zuständigkeit nach § 42 Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes über eine Altershilfe für Landwirte vom 24. Mai 1971 (GVBl S. 169) außer Kraft.

München, den 22. März 1973

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. h. c. Goppel

**Verordnung
über die Kostenerstattung an regionale
Planungsverbände**

Vom 22. März 1973

Auf Grund des Art. 10 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes (BayLplG) vom 6. Februar 1970 (GVBl S. 9), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Februar 1971 (GVBl S. 65), erläßt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die regionalen Planungsverbände erhalten vom Freistaat Bayern jährliche Zuweisungen als Ersatz des notwendigen Aufwands für die Ausarbeitung und fortwährende Überprüfung von Regionalplänen.

§ 2

(1) Die Höhe der Zuweisung errechnet sich für jeden regionalen Planungsverband aus

a) einem Sockelbetrag von 120 000 DM und

b) einem zusätzlichen Betrag von 60 DM je angefangene 1000 Einwohner der Region.

(2) Für die Berechnung des Betrages nach Absatz 1 Buchst. b ist von der auf der Grundlage der letzten Volkszählung fortgeschriebenen Wohnbevölkerung nach dem Stand vom 30. Juni des vorangegangenen Jahres auszugehen. Änderungen des Gebietsstandes sind zu berücksichtigen, wenn sie spätestens zu Beginn des Jahres, für das die Zuweisung erfolgt, rechtswirksam geworden sind.

§ 3

Die Zuweisungen werden vom Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen an die regionalen Planungsverbände in vierteljährlichen Teilbeträgen zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November eines jeden Jahres ausbezahlt.

§ 4

Die Zuweisungen dürfen nur zur Erfüllung von Aufgaben verwendet werden, die den regionalen Planungsverbänden auf Grund des Bayerischen Landesplanungsgesetzes obliegen. Dazu gehören nicht die Aufgaben, zu deren Erfüllung sich die regionalen Planungsverbände der bei der zuständigen höheren

Landesplanungsbehörde eingerichteten Bezirksplanungsstelle bedienen (Art. 6 Abs. 3 BayLplG). Notwendig sind insbesondere die Aufwendungen, die den regionalen Planungsverbänden durch die Sitzungen der Beschlüßorgane und die Führung der Verwaltungsgeschäfte entstehen.

(2) Soweit aus den Zuweisungen Personalausgaben geleistet werden, dürfen die regionalen Planungsverbände ihre Beschäftigten finanziell nicht besser stellen als vergleichbare Staatsbedienstete.

Die regionalen Planungsverbände melden der obersten und der für die Aufsicht zuständigen höheren Landesplanungsbehörde zum 1. Juli jeden Jahres

1. welche Beträge sie im vorhergehenden Jahr
 - a) aus dem Rechnungsjahr zuvor übertragen haben,
 - b) als Umlagen von ihren Mitgliedern erhoben haben
2. welche Beträge sie im selben Zeitraum verwendet haben
 - a) für Personalaufgaben,
 - b) für Sachausgaben,
 - c) für Sitzungen der Beschlüßorgane,
 - d) für die Ansammlung von Rücklagen; dabei ist anzugeben, für welche Vorhaben Rücklagen angesammelt werden und welche Höhe die Rücklagen erreicht haben.

§ 6

Für das Jahr 1973 erhalten die regionalen Planungsverbände einen Anteil von 75 v. H. der jährlichen Zuweisungen. Die vierteljährlichen Teilbeträge können frühestens ab 15. Mai 1973 ausbezahlt werden. Von den ersten Teilbeträgen werden die Kosten, die vom Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen aus Anlaß der konstituierenden Sitzungen für die regionalen Planungsverbände verauslagt worden sind, abgezogen.

§ 7

Die Kostenerstattung für die Regionalplanung in der Region 15 bleibt einer besonderen Regelung vorbehalten.

§ 8

Diese Verordnung tritt am 1. April 1973 in Kraft.
München, den 22. März 1973

Der Bayerische Ministerpräsident
Dr. h. c. Goppel

Verordnung zur Änderung der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Weingesetzes

Vom 15. Februar 1973

Auf Grund des § 2 Abs. 2 und des § 14 Abs. 5 des Weingesetzes vom 14. Juli 1971 (BGBl I S. 893), geändert durch Gesetz vom 19. Juli 1972 (BGBl I S. 1249), in Verbindung mit § 1 der Verordnung über Zuständigkeiten auf Grund des Weingesetzes vom 14. September 1971 (GVBl S. 317) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

§ 1

Die Zweite Verordnung zur Durchführung des Weingesetzes vom 21. September 1971 (GVBl S. 392) wird wie folgt geändert:

1. § 5 Abs. 6 wird aufgehoben; der bisherige Absatz 7 wird Absatz 6.

2. Anlage 1 erhält folgende Fassung:

Anlage 1 (zu § 1)

Verzeichnis der für die Herstellung von Qualitätswein und Qualitätswein mit Prädikat geeigneten Rebsorten:

1. Bestimmtes Anbaugebiet Franken

Weißweinrebsorten

Albalonga,
Auxerrois,
Bacchus,
Weißer Burgunder,
Ehrenfelser,
Faber,
Freisamer,
Gewürztraminer (Roter Traminer, Traminer),
Roter Gutedel,
Weißer Gutedel,
Huxelrebe,
Kanzler,
Kerner,
Mariensteiner,
Morio Muskat,
Müller-Thurgau,
Muskat Ottonel,
Gelber Muskateller,
Roter Muskateller,
Optima,
Ortega,
Perle,
Rieslaner,
Weißer Riesling,
Ruländer,
Scheurebe,
Siegerrebe,
Grüner Silvaner,

Rotweinrebsorten

Blauer Frühburgunder,
Blauer Limberger,
Blauer Portugieser,
Blauer Spätburgunder,
Helfensteiner

2. Landkreis Lindau

Weißweinrebsorten

Albalonga,
Auxerrois,
Weißer Burgunder,
Gewürztraminer (Roter Traminer, Traminer),
Müller-Thurgau,
Optima,
Ortega,
Perle,
Rieslaner,
Ruländer,
Scheurebe,

Rotweinrebsorte

Blauer Spätburgunder

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1973 in Kraft.

München, den 15. Februar 1973

**Bayerisches Staatsministerium für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**
Dr. Eisenmann, Staatsminister

**Verordnung
über die Errichtung einer Geschäftsstelle
für die Universität Bayreuth**

Vom 22. Februar 1973

Auf Grund des Art. 2 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes über die Errichtung einer Universität in Bayreuth vom 23. Dezember 1971 (GVBl S. 472) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

Für die Universität Bayreuth wird eine Geschäftsstelle errichtet. Sie führt die Bezeichnung „Geschäftsstelle der Universität Bayreuth“. Ihr Sitz ist Bayreuth.

§ 2

Der Geschäftsstelle der Universität Bayreuth obliegen folgende staatliche Aufgaben:

1. Durchführung der im Rahmen der Errichtung der Universität Bayreuth anfallenden Verwaltungsaufgaben von örtlicher Bedeutung.
2. Örtliche Koordinierung der Planungen für die Universität Bayreuth, soweit nicht die Zuständigkeit anderer Stellen, insbesondere der Baubehörden, gegeben ist.
3. Mitarbeit bei der vorbereitenden Strukturplanung für die Universität Bayreuth.
4. Vorbereitung der Aufnahme des Lehr- und Forschungsbetriebs an der Universität Bayreuth.
5. Mitwirkung bei Aufstellung des staatlichen Haushalts und Vollzug des staatlichen Haushalts.
6. Personalangelegenheiten nach Maßgabe der für die Landesuniversitäten geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

§ 3

Die Geschäftsstelle der Universität Bayreuth untersteht unmittelbar dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 15. März 1973 in Kraft.
München, den 22. Februar 1973

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

Prof. Hans Maier, Staatsminister

**Vierte Verordnung
zur Änderung der Verordnung zur Durch-
führung des Seßhaftmachungsgesetzes**

Vom 22. Februar 1973

Auf Grund des Art. 6 des Seßhaftmachungsgesetzes vom 26. November 1954 (BayBS IV S. 349) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung zur Durchführung des Seßhaftmachungsgesetzes (DVSeßhG) vom 29. Dezember 1954 (BayBS IV S. 350), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. Juli 1962 (GVBl S. 216; ber. S. 236) wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 Nr. 1 erhält folgende Fassung:
„1. Bei der Gewährung von Finanzierungshilfen nach Art. 3 SeßhG ausschließlich die Regierungen.“
2. § 2 Abs. 4 wird aufgehoben.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1973 in Kraft.

München, den 22. Februar 1973

**Bayerisches Staatsministerium für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

Dr. Eisenmann, Staatsminister

**Verordnung
zur Übertragung von Zuständigkeiten
auf das Institut für Bautechnik in Berlin**

Vom 26. Februar 1973

Auf Grund des Art. 106 Abs. 3 Nrn. 1 und 2 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

§ 1

(1) Dem Institut für Bautechnik in Berlin werden folgende Zuständigkeiten übertragen:

1. die Erteilung allgemeiner bauaufsichtlicher Zulassungen (Art. 23 BayBO),
 2. die Anerkennung von Güteschutzgemeinschaften und deren Richtlinien für die Überwachung (Art. 25 Abs. 2 BayBO),
 3. die Zustimmung zu Überwachungsverträgen für die Güteüberwachung von Baustoffen, Bauteilen und Bauarten, für die eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung erteilt ist (Art. 25 Abs. 2 BayBO).
- (2) § 3 der Prüfzeichenverordnung vom 1. August 1972 (GVBl S. 343) bleibt unberührt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. April 1973 in Kraft.
München, den 26. Februar 1973

Bayerisches Staatsministerium des Innern

Dr. Merck, Staatsminister

**Dritte Verordnung
zur Änderung der Landesverordnung zur
Ausführung des Bayerischen Jagdgesetzes**

Vom 1. März 1973

Auf Grund des Art. 21 Nr. 4 Buchst. a und Nr. 6 des Bayerischen Jagdgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Juli 1962 (GVBl S. 131), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Juli 1970 (GVBl S. 345), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgende Verordnung:

§ 1

Die Landesverordnung zur Ausführung des Bayerischen Jagdgesetzes (LVBajJG) vom 10. Dezember 1968 (GVBl S. 343), zuletzt geändert durch Verordnung vom 9. März 1972 (GVBl S. 104), wird wie folgt geändert:

In § 48 Abs. 1 Nr. 1 werden die Worte „Männliches Rehwild“ ersetzt durch die Worte „Männliches Rehwild im Hochgebirge mit seinen Vorbergen“.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. April 1973 in Kraft.
München, den 1. März 1973

**Bayerisches Staatsministerium für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

Dr. Eisenmann, Staatsminister

Verordnung über die befristete Aufhebung der Schonzeit für Schmalrehe in den Jagdjahren 1973, 1974 und 1975

Vom 1. März 1973

Auf Grund des Art. 21 Nr. 4 Buchst. a und c des Bayerischen Jagdgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Juli 1962 (GVBl S. 131), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Juli 1970 (GVBl S. 345), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgende Verordnung:

§ 1

Abweichend von § 1 Abs. 1 der Verordnung des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Jagdzeiten vom 13. Juli 1967 (BGBl I S. 723) darf aus Gründen der Wildhege und zur Vermeidung übermäßiger Wildschäden die Jagd auf Schmalrehe in den Jagdjahren 1973, 1974 und 1975 vom 1. Juni bis 31. Dezember ausgeübt werden.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. April 1973 in Kraft.

München, den 1. März 1973

**Bayerisches Staatsministerium für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**
Dr. Eisenmann, Staatsminister

Verordnung über die befristete Aufhebung der Jagdzeiten für Auer-, Rackel- und Birkhähne in den Jagdjahren 1973, 1974 und 1975

Vom 1. März 1973

Auf Grund des Art. 21 Nr. 4 Buchst. a des Bayerischen Jagdgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Juli 1962 (GVBl S. 131), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Juli 1970 (GVBl S. 345), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgende Verordnung:

§ 1

Die Jagd auf Auerhähne, Rackelhähne und Birkhähne darf in den Jagdjahren 1973, 1974 und 1975 nicht ausgeübt werden.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. April 1973 in Kraft.

München, den 1. März 1973

**Bayerisches Staatsministerium für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**
Dr. Eisenmann, Staatsminister

Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Er- hebung einer Kurtaxe im Staatsbad Bad Reichenhall (Kurtaxordnung für das Staats- bad Bad Reichenhall)

Vom 8. März 1973

Auf Grund des Art. 25 a Abs. 3 Satz 1 des Kostengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1969 (GVBl S. 165), geändert durch Gesetz vom 27. Juli 1971 (GVBl S. 257), erläßt das Bayerische

Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Erhebung einer Kurtaxe im Staatsbad Bad Reichenhall (Kurtaxordnung für das Staatsbad Bad Reichenhall) vom 22. Februar 1971 (GVBl S. 79, ber. S. 145), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Absätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„(1) Der Kurbezirk umfaßt das Gebiet der Stadt Bad Reichenhall, der Gemeinden Bayerisch Gmain und Karlstein sowie den Ortsteil Kibling der Gemeinde Schneizlreuth. Er ist in zwei Kurzonen eingeteilt.

(2) Die Kurzone I umfaßt das Gebiet der Stadt Bad Reichenhall rechts der Saalach, ausgenommen den Stadtteil Staufenbrück. Die Kurzone II umfaßt alle übrigen Teile des Kurbezirks.“

b) In Absatz 3 wird das Wort „einzelnen“ gestrichen.

2. In § 3 Abs. 3 wird der letzte Satz gestrichen.

3. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Absätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„(1) Die Kurtaxe beträgt einschließlich der Umsatzsteuer:

	Für die		
	1. Person DM	2. Person DM	3. Person DM
a) in der Kurzone I	70,—	50,—	30,—
b) in der Kurzone II	40,—	30,—	24,—

(2) Zur Vermeidung von Härten, die sich aus der Umstellung von 3 auf 2 Kurzonen und der Einführung einer Saisonkurtaxe für das ganze Jahr ergeben, gilt für die Zeit bis 31. Dezember 1974 folgende Übergangsregelung:

a) Im Gebiet der bisherigen Kurzone III (Stadtteil Staufenbrück der Stadt Bad Reichenhall, alle nicht zur bisherigen Kurzone II gehörenden Teile der Gemeinde Bayerisch Gmain, die Gemeinde Karlstein vom Saalachkanal bis zum Thumsee und das Nonner Oberland vom Staufenhof bis zum Listsee sowie der Ortsteil Kibling der Gemeinde Schneizlreuth) beträgt die Kurtaxe für die

1. Person DM	2. Person DM	3. Person DM
32,—	24,—	16,—

b) Soweit Gebiete der bisherigen Kurzone II in die Kurzone I überführt wurden (Stadtteil Froschham, die Vogelthennstraße und das Gebiet nördlich davon, das Gebiet nördlich des Friedhofs St. Zeno, die am linken Ufer der Saalach und die an der Berchtesgadener Straße gelegenen Anwesen), beträgt die Kurtaxe für die

1. Person DM	2. Person DM	3. Person DM
56,—	40,—	24,—

c) In der Kurzone I beträgt die Kurtaxe für die Zeit vom 1. November 1973 bis 31. März 1974 für die

1. Person DM	2. Person DM	3. Person DM
56,—	40,—	24,—

b) Absatz 3 wird aufgehoben.

c) Absatz 4 wird Absatz 3 und erhält folgende Fassung:

„(3) Bei mehrmaligem Kuraufenthalt innerhalb eines Kalenderjahres ist insgesamt nur eine Kurtaxe in Höhe der Sätze nach Absatz 1 Buchst. a bzw. Buchst. b zu zahlen. Wohnt der Kurgast jeweils in verschiedenen Kurzonen, so bestimmt sich der Höchstbetrag nach der Kurzone mit den höheren Kurtaxsätzen.“

- d) Absatz 5 wird Absatz 4.
 e) Absatz 6 wird Absatz 5; die Bezeichnung „III“ wird durch die Bezeichnung „II“ ersetzt.
4. § 5 Abs. 3 wird aufgehoben.
 5. § 6 wird wie folgt geändert:
 a) Absatz 3 erhält folgende Fassung:
 „(3) Die gelösten Kurkarten gelten für die Dauer des Kalenderjahres, in dem sie gelöst worden sind. Eine im Monat Dezember gelöste Kurkarte gilt bis zum 31. Januar des folgenden Kalenderjahres.“
 b) Absatz 4 wird aufgehoben.
6. In § 7 wird die Zahl „15“ durch die Zahl „20“ ersetzt.
 7. In § 8 wird die Zahl „0,80“ durch die Zahl „1“ ersetzt.
 8. § 9 wird wie folgt geändert:
 a) In Absatz 1 werden die Worte „in der Hauptkurzeit“ gestrichen und die Zahl „17“ durch die Zahl „18“ ersetzt.
 b) In Absatz 2 wird die Zahl „17“ durch die Zahl „18“ ersetzt.
 c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:
 „(3) Übersiedelt eine kurtaxpflichtige Person aus der Kurzone II in die Kurzone I, so ist der Unterschiedsbetrag zwischen den beiden Kurtaxsätzen nachzuzahlen.“
9. § 10 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
 „(1) Auf Antrag kann eine Ermäßigung in Höhe von 15 Prozent der Kurtaxe gewährt werden:
 a) Verheirateten oder unterhaltspflichtigen Personen mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von weniger als den fünffachen Regelsatz nach § 22 Bundessozialhilfegesetz und ohne ausreichendes Vermögen
 b) Ledigen oder verwitweten, nicht unterhaltspflichtigen Personen unter den Voraussetzungen des Buchst. a jedoch mit der Maßgabe, daß sich die Bemessungsgrundlage um ein Drittel vermindert.“
10. § 11 wird wie folgt geändert:
 a) In Absatz 6 werden die Zahl „6“ durch die Zahl „10“ und die Zahl „7“ durch die Zahl „11“ ersetzt.
 b) Absatz 9 erhält folgende Fassung:
 „(9) Kranke, die ihre Unterkunft nicht verlassen können, sind bei der Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses für die Dauer der physischen Verhinderung von der Zahlung der Kurtaxe befreit.“

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. April 1973 in Kraft.

(2) Kurkarten, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung ausgestellt wurden, behalten ihre Gültigkeit.

München, den 8. März 1973

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
 I. V. Dr. Hillermeier, Staatssekretär

Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erhebung einer Kurtaxe im Staatsbad Bad Steben (Kurtaxordnung für das Staatsbad Bad Steben)

Vom 8. März 1973

Auf Grund des Art. 25 a Abs. 3 Satz 1 des Kostengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1969 (GVBl S. 165), geändert durch Gesetz vom 21. Juli 1971 (GVBl S. 257), erläßt das Bayerische Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Erhebung einer Kurtaxe im Staatsbad Bad Steben (Kurtaxordnung für das Staatsbad Bad Steben) vom 22. Februar 1971 (GVBl S. 82) wird wie folgt geändert:

1. § 2 erhält folgende Fassung:

„§ 2

Der Kurbezirk umfaßt das Gebiet der Markt-gemeinde Bad Steben mit Ortsteilen Obersteben sowie ‚Schöne Aussicht‘ ausgenommen die Ortsteile Carlsgrün und Thierbach.“

2. § 4 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird „3. und 4. Person“ durch „3. Person“ ersetzt.

b) In Absatz 3 werden die Zahl „4“ durch die Zahl „3“ und die Zahl „5“ durch die Zahl „4“ ersetzt.

c) Absatz 4 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Bei Angehörigen eines Familienhaushalts im Sinne von Absatz 3 Satz 2 zahlen die 2. und 3. Person die Kurtaxe für die 3. Person.“

d) In Absatz 4 Satz 3 wird die Zahl „5“ durch die Zahl „4“ ersetzt.

3. In § 8 Abs. 1 und Abs. 2 Buchst. c wird die Zahl „17“ durch die Zahl „18“ ersetzt.

4. § 9 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Auf Antrag kann eine Ermäßigung in Höhe von 15 Prozent der Kurtaxe gewährt werden:

a) Verheirateten oder unterhaltspflichtigen Personen mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von weniger als dem fünffachen Regelsatz nach § 22 Bundessozialhilfegesetz und ohne ausreichendes Vermögen.

b) Ledigen oder verwitweten, nicht unterhaltspflichtigen Personen unter den Voraussetzungen des Buchst. a jedoch mit der Maßgabe, daß sich die Bemessungsgrundlage um ein Drittel vermindert.“

5. § 10 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 6 werden die Zahl „6“ durch die Zahl „10“ und die Zahl „7“ durch die Zahl „11“ ersetzt.

b) Absatz 9 erhält folgende Fassung:

„(9) Kranke, die ihre Unterkunft nicht verlassen können, sind bei der Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses für die Dauer der physischen Verhinderung von der Zahlung der Kurtaxe befreit.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. April 1973 in Kraft.

München, den 8. März 1973

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
 I. V. Dr. Hillermeier, Staatssekretär

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die Erhebung einer Kurtaxe im Staatsbad Bad Kissingen (Kurtaxordnung für das Staatsbad Bad Kissingen)**

Vom 8. März 1973

Auf Grund des Art. 25 a Abs. 3 Satz 1 des Kostengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1969 (GVBl S. 165), geändert durch Gesetz vom 27. Juli 1971 (GVBl S. 257), erläßt das Bayerische Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Erhebung einer Kurtaxe im Staatsbad Bad Kissingen (Kurtaxordnung für das Staatsbad Bad Kissingen) vom 22. Februar 1971 (GVBl S. 84) wird wie folgt geändert:

1. § 2 erhält folgende Fassung:

„§ 2

Der Kurbezirk umfaßt das Gebiet der Stadt Bad Kissingen ausgenommen die Stadtteile Albertshausen, Kleinbrach und Poppenroth.“

2. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Kurtaxe beträgt einschließlich der Umsatzsteuer:

1. Person DM	Für die 2. Person DM	3. Person DM
70,—	50,—	30,—“

b) Absatz 2 wird aufgehoben.

c) Absatz 3 wird Absatz 2; die Zahl „4“ wird durch die Zahl „3“ und die Zahl „5“ durch die Zahl „4“ ersetzt.

d) Absatz 4 wird Absatz 3; Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Bei Angehörigen eines Familienhaushalts im Sinne des Absatzes 2 Satz 2 zahlen die 2. und 3. Person die Kurtaxe für die 3. Person.“

In Satz 3 wird die Zahl „5“ durch die Zahl „4“ ersetzt.

3. § 6 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die gelösten Kurkarten gelten für die Dauer des Kalenderjahres, in dem sie gelöst worden sind. Eine im Monat Dezember gelöste Kurkarte gilt bis zum 31. Januar des folgenden Kalenderjahres.“

4. In § 7 Abs. 2 wird die Zahl „3“ durch die Zahl „3,50“ ersetzt.

5. In § 8 Abs. 1 und Abs. 2 Buchst. c wird die Zahl „17“ durch die Zahl „18“ ersetzt.

6. § 9 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Auf Antrag kann eine Ermäßigung in Höhe von 15 Prozent der Kurtaxe gewährt werden:

a) Verheirateten oder unterhaltspflichtigen Personen mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von weniger als dem fünffachen Regelsatz nach § 22 Bundessozialhilfegesetz und ohne ausreichendes Vermögen.

b) Ledigen oder verwitweten, nicht unterhaltspflichtigen Personen unter den Voraussetzungen des Buchstaben a jedoch mit der Maßgabe, daß sich die Bemessungsgrundlage um ein Drittel vermindert.“

7. § 10 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 6 werden die Zahl „6“ durch die Zahl „10“ und die Zahl „7“ durch die Zahl „11“ ersetzt.
b) Absatz 9 erhält folgende Fassung:

„(9) Kranke, die ihre Unterkunft nicht verlassen können, sind bei der Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses für die Dauer der physischen Verhinderung von der Zahlung der Kurtaxe befreit.“

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. April 1973 in Kraft.

(2) Kurkarten, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung ausgestellt wurden, behalten ihre Gültigkeit.

München, den 8. März 1973

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
I. V. Dr. Hillermeier, Staatssekretär

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die Erhebung einer Kurtaxe im Staatsbad Bad Brückenau (Kurtaxordnung für das Staatsbad Bad Brückenau)**

Vom 8. März 1973

Auf Grund des Art. 25 a Abs. 3 Satz 1 des Kostengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1969 (GVBl S. 165), geändert durch Gesetz vom 27. Juli 1971 (GVBl S. 257), erläßt das Bayerische Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Erhebung einer Kurtaxe im Staatsbad Bad Brückenau (Kurtaxordnung für das Staatsbad Bad Brückenau) vom 22. Februar 1971 (GVBl S. 86) wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Kurtaxe beträgt einschließlich der Umsatzsteuer:

	Für die 1. Person DM	2. Person DM	3. Person DM
a) in der Hauptkurzeit			
aa) Kurzone I	54,—	36,—	18,—
bb) Kurzone II	33,—	22,—	11,—
cc) Kurzone III	24,—	16,—	8,—
b) in der übrigen Kurzeit			
aa) Kurzone I	33,—	22,—	11,—
bb) Kurzone II	22,—	15,—	8,—
cc) Kurzone III	17,—	11,—	6,—“

b) In Absatz 4 werden die Zahl „4“ durch die Zahl „3“ und die Zahl „5“ durch die Zahl „4“ ersetzt.

2. In § 7 Abs. 2 wird die Zahl „2“ durch die Zahl „2,50“ ersetzt.

3. § 8 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 und Absatz 2 Buchst. c wird die Zahl „17“ durch die Zahl „18“ ersetzt.
b) In Absatz 3 wird der letzte Satz gestrichen.

4. § 9 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Auf Antrag kann eine Ermäßigung in Höhe von 15 Prozent der Kurtaxe gewährt werden:

a) Verheirateten oder unterhaltspflichtigen Personen mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von weniger als dem fünffachen Regelsatz nach § 22 Bundessozialhilfegesetz und ohne ausreichendes Vermögen.

b) Ledigen oder verwitweten, nicht unterhaltspflichtigen Personen unter den Voraussetzungen des Buchstaben a jedoch mit der Maßgabe, daß sich die Bemessungsgrundlage um ein Drittel vermindert.“

7. § 10 wird wie folgt geändert:

b) Ledigen oder verwitweten, nicht unterhaltspflichtigen Personen unter den Voraussetzungen des Buchstaben a jedoch mit der Maßgabe, daß sich die Bemessungsgrundlage um ein Drittel vermindert.“

5. § 10 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 6 werden die Zahl „6“ durch die Zahl „10“ und die Zahl „7“ durch die Zahl „11“ ersetzt.

b) Absatz 9 erhält folgende Fassung:

„(9) Kranke, die ihre Unterkunft nicht verlassen können, sind bei der Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses für die Dauer der physischen Verhinderung von der Zahlung der Kurtaxe befreit.“

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. April 1973 in Kraft.

(2) Kurkarten, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung gelöst wurden, behalten ihre Gültigkeit.

München, den 8. März 1973

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen

I. V. Dr. Hillermeier, Staatssekretär

Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erhebung einer Kurtaxe im Staatsbad Bad Bocklet (Kurtaxordnung für das Staatsbad Bad Bocklet)

Vom 8. März 1973

Auf Grund des Art. 25a Abs. 3 Satz 1 des Kostengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1969 (GVBl S. 165), geändert durch Gesetz vom 27. Juli 1971 (GVBl S. 257), erläßt das Bayerische Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Erhebung einer Kurtaxe im Staatsbad Bad Bocklet (Kurtaxordnung für das Staatsbad Bad Bocklet) vom 22. Februar 1971 (GVBl S. 89) wird wie folgt geändert:

1. § 2 erhält folgende Fassung:

„§ 2

Der Kurbezirk umfaßt die Gebiete des Marktes Bad Bocklet, des Marktes Steinach an der Saale ausgenommen des Marktgebietes Nickersfelden sowie des Stadtgebietes Windheim der Stadt Münnerstadt.“

2. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Kurtaxe beträgt einschließlich der Umsatzsteuer:

	Für die		
	1. Person DM	2. Person DM	3. Person DM
a) in der Hauptkurzeit	42,—	28,—	14,—
b) in der übrigen Kurzeit	27,—	18,—	9,—

b) In Absatz 3 werden die Zahl „4“ durch die Zahl „3“ und die Zahl „5“ durch die Zahl „4“ ersetzt.

c) Absatz 4 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Bei Angehörigen eines Familienhaushalts im Sinne des Absatzes 3 Satz 2 zahlen die 2. und 3. Person die Kurtaxe für die 3. Person.“

d) In Absatz 4 Satz 3 wird die Zahl „5“ durch die Zahl „4“ ersetzt.

3. In § 7 Abs. 2 wird die Zahl „1,50“ durch die Zahl „2“ ersetzt.

4. In § 8 Abs. 1 und Abs. 2 Buchst. c wird die Zahl „17“ durch die Zahl „18“ ersetzt.

5. § 9 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Auf Antrag kann eine Ermäßigung in Höhe von 15 Prozent der Kurtaxe gewährt werden:

a) Verheirateten oder unterhaltspflichtigen Personen mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von weniger als dem fünffachen Regelsatz nach § 22 Bundessozialhilfegesetz und ohne ausreichendes Vermögen.

b) Ledigen oder verwitweten, nicht unterhaltspflichtigen Personen unter den Voraussetzungen des Buchstaben a jedoch mit der Maßgabe, daß sich die Bemessungsgrundlage um ein Drittel vermindert.“

6. § 10 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 6 werden die Zahl „6“ durch die Zahl „10“ und die Zahl „7“ durch die Zahl „11“ ersetzt.

b) Absatz 9 erhält folgende Fassung:

„(9) Kranke, die ihre Unterkunft nicht verlassen können, sind bei der Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses für die Dauer der physischen Verhinderung von der Zahlung der Kurtaxe befreit.“

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. April 1973 in Kraft.

(2) Kurkarten, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung gelöst wurden, behalten ihre Gültigkeit.

München, den 8. März 1973

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen

I. V. Dr. Hillermeier, Staatssekretär

Verordnung über kommunale Namen, Hoheitszeichen und Gebietsänderungen (NHGV)

Vom 12. März 1973

Auf Grund des Art. 123 Satz 1 der Gemeindeordnung, des Art. 109 Satz 1 der Landkreisordnung und des Art. 103 Satz 1 der Bezirksordnung erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

Erster Teil

Namen

§ 1

Schreibweise der Namen von Gemeinden und Gemeindeteilen

(1) Die Schreibweise der Namen von Gemeinden und Gemeindeteilen richtet sich nach dem Amtlichen Ortsverzeichnis für Bayern in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Dem Namen beigefügte Bezeichnungen, die auf die geographische Lage hinweisen, sind Namensbestandteil. Andere Bezeichnungen sind nur dann Namensbestandteil, wenn sie im Amtlichen Ortsverzeichnis (Absatz 1) als Namensbestandteil aufgeführt sind oder später mit Zustimmung des Staatsministeriums des Innern ausdrücklich zum Namensbestandteil erklärt wurden.

(3) Staatliche Behörden und Körperschaften des öffentlichen Rechts haben im Schriftverkehr die amtliche Schreibweise zu verwenden.

§ 2

Änderung der Namen von Gemeinden
und Gemeindeteilen

(1) Die Änderung des Namens einer Gemeinde und die Änderung und Aufhebung des Namens eines Gemeindeteils sind auf Antrag der Gemeinde oder von Amts wegen möglich.

(2) Die nach Art. 2 Abs. 2 der Gemeindeordnung erforderliche Anhörung der beteiligten Gemeindebürger geschieht in einer Bürgerversammlung, in der über die beabsichtigte Namensänderung formlos abgestimmt wird. Beteiligt und stimmberechtigt sind, sofern der Gemeinename geändert werden soll, alle Gemeindebürger, sofern nur der Name eines bewohnten Gemeindeteils geändert oder aufgehoben werden soll, die in diesem Gemeindeteil wohnenden Gemeindebürger. Mit Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde kann die Anhörung auch in anderer Weise stattfinden. Die Gemeinde legt einen Bericht über die Anhörung zusammen mit einer beschlußmäßigen Stellungnahme des Gemeinderats der Rechtsaufsichtsbehörde vor.

(3) Stimmt der Name einer Gemarkung mit dem Namen einer Gemeinde, eines Gemeindeteils oder eines gemeindefreien Gebiets überein und wird nur die Schreibweise dieses Namens oder ein Zusatz als Namensbestandteil (Art. 2 Abs. 4 der Gemeindeordnung) geändert, so ist in der Entscheidung über die Namensänderung darauf hinzuweisen, daß sich der Gemarkungsname entsprechend ändert.

(4) Stimmt der Name einer Gemeinde mit dem eines Gemeindeteils überein, so ist bei einer Änderung in der Schreibweise des Gemeinendens der Name des Gemeindeteils, bei einer Änderung in der Schreibweise des Namens des Gemeindeteils der Name der Gemeinde entsprechend zu ändern.

(5) Stimmt der Name einer Gemeinde mit dem einer Verwaltungsgemeinschaft überein, so kann die Schreibweise der Namen nur gemeinsam geändert werden. Wird der Name der Gemeinde geändert, so ist gleichzeitig der Name der Verwaltungsgemeinschaft zu ändern. Wird der Name auf Antrag einer der Körperschaften geändert, so hat diese der anderen auf Verlangen die notwendigen Kosten zu ersetzen, die aus der zugleich erforderlichen Änderung des Namens entstehen.

(6) Stimmt der Name einer Gemeinde mit dem Namen eines Landkreises überein, so kann der Name der Gemeinde nur geändert werden, wenn zugleich der Name des Landkreises geändert wird. Absatz 5 Satz 3 gilt entsprechend.

§ 3

Erteilung von Namen für Gemeinden
und Gemeindeteile

(1) Soll einer neu zu bildenden Gemeinde ein Name erteilt werden, so ist § 2 Abs. 2 sinngemäß anzuwenden. An die Stelle der Bürgerversammlung tritt eine Versammlung der Bewohner der neu zu bildenden Gemeinde, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben; sie ist von einem Vorsitzenden zu leiten, der vom Landratsamt, wenn mehrere Landkreise beteiligt sind, von der Regierung zu bestimmen ist. Findet vor der Neubildung der Gemeinde eine geheime Abstimmung nach § 17 Abs. 3 statt, so können die Bewohner bei dieser Abstimmung gehört werden.

(2) Der Name für einen bewohnten Gemeindeteil wird auf Antrag der Gemeinde oder von Amts wegen erteilt. Für das Verfahren gilt § 2 Abs. 2 entsprechend.

§ 4

Zusätzliche Bezeichnungen von Gemeinden

(1) Die Zustimmung zur Beifügung einer Bezeichnung zum Namen einer Gemeinde oder eines Gemeindeteils (Art. 2 Abs. 4 der Gemeindeordnung) kann auf Antrag der Gemeinde durch das Staatsministerium des Innern erteilt werden. Der Antrag ist bei der Rechtsaufsichtsbehörde einzureichen. Eine Abschrift des Gemeinderatsbeschlusses, der dem Antrag zugrunde liegt, ist beizufügen.

(2) Stimmt der Name einer Gemarkung mit dem Namen einer Gemeinde oder eines Gemeindeteils überein und wird dem kommunalen Namen ein Zusatz als Namensbestandteil beifügt, so weist das Staatsministerium des Innern in seiner Zustimmung darauf hin, daß sich auch der Gemarkungsname ändert. § 2 Abs. 5 Satz 2 und 3 und Abs. 6 gilt entsprechend, wenn dem Namen einer Gemeinde ein Zusatz als Namensbestandteil beifügt werden soll.

(3) Die Schreibweise von Zusätzen, die Namensbestandteil werden, wird in einer Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern geregelt. Soll eine Bezeichnung, die bisher nicht Namensbestandteil war, auf Antrag der Gemeinde zum Namensbestandteil erklärt werden, so gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.

§ 5

Städte und Märkte

(1) Der Nachweis, daß eine Gemeinde die Bezeichnung Stadt oder Markt nach bisherigem Recht führt (Art. 3 Abs. 1 der Gemeindeordnung), wird insbesondere durch das Amtliche Ortsverzeichnis für Bayern von 1952 erbracht.

(2) Das Staatsministerium des Innern kann einer Gemeinde auf ihren Antrag die Bezeichnung Stadt oder Markt verleihen. Der Antrag ist bei der Rechtsaufsichtsbehörde einzureichen. Dem Antrag sind Kartenblätter und Lichtbilder sowie eine Abschrift des Gemeinderatsbeschlusses, der dem Antrag zugrunde liegt, beizufügen.

§ 6

Besondere Bezeichnung der Landkreise
und Name des Landratsamtes

(1) Die Zustimmung zur Führung einer besonderen Bezeichnung (Art. 2 Abs. 2 der Landkreisordnung) kann auf Antrag des Landkreises durch das Staatsministerium des Innern erteilt werden. Der Antrag ist bei der Regierung einzureichen. Eine Abschrift des Kreistagsbeschlusses, der dem Antrag zugrunde liegt, ist beizufügen.

(2) Die Zustimmung wird im Bayerischen Staatsanzeiger bekanntgemacht.

(3) Der Name des Landratsamtes richtet sich nach dem Namen des Landkreises. Durch eine besondere Bezeichnung des Landkreises wird der Name des Landratsamtes nicht berührt.

Zweiter Teil

Hoheitszeichen

§ 7

Wappen und Fahnen der Gemeinden

(1) Geschichtliche Wappen und Fahnen (Art. 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung) sind solche Wappen und Fahnen, die bei Inkrafttreten der Gemeindeordnung von den Gemeinden berechtigterweise geführt worden sind.

(2) Die Zustimmung zur Annahme eines neuen Wappens wird auf Antrag der Gemeinde erteilt, wenn das Wappen den künstlerischen und heraldi-

schen Anforderungen entspricht, nach seinem Inhalt eine Beziehung zur Gemeinde hat und sich von anderen kommunalen Wappen hinreichend unterscheidet.

(3) Die Zustimmung zur Annahme einer neuen Fahne wird auf Antrag der Gemeinde erteilt, wenn die Gemeinde ein eigenes Wappen führt, die Fahne den heraldischen Regeln entspricht und sich von den Fahnen benachbarter Gemeinden unterscheidet.

(4) Die Zustimmung zur Änderung bestehender Wappen und Fahnen wird auf Antrag der Gemeinde erteilt, wenn ein hinreichender Grund zur Änderung vorliegt, und die Wappen und Fahnen in ihrer neuen Gestaltung den in den Absätzen 2 und 3 bezeichneten Voraussetzungen entsprechen.

(5) Anträge auf Zustimmung zur Annahme neuer oder zur Änderung bestehender Wappen und Fahnen sind von den Gemeinden zusammen mit einer abschließenden Stellungnahme der Generaldirektion der staatlichen Archive Bayerns bei der Rechtsaufsichtsbehörde einzureichen. Anträgen über Wappen ist ein farbiger Entwurf des Wappens in dreifacher Fertigung und eine von der Generaldirektion der staatlichen Archive Bayerns erstellte Wappenbeschreibung beizufügen.

§ 8

Wappen und Fahnen der Landkreise und Bezirke

(1) Für die Annahme neuer und für die Änderung bestehender Wappen und Fahnen von Landkreisen und Bezirken findet § 7 Abs. 2 bis 5 sinngemäß Anwendung.

(2) Die Fahne des Landkreises muß sich zusätzlich von der Fahne des Ortes, an dem die Kreisverwaltung ihren Sitz hat, unterscheiden. Bei Änderungen im Bestand von Landkreisen ist auf Antrag eines neugebildeten Landkreises die Zustimmung zur Annahme eines Wappens oder einer Fahne zu erteilen, die von einem nicht weiter bestehenden Landkreis berechtigterweise bisher geführt worden sind, wenn das Gebiet des neugebildeten Landkreises dem Gebiet des bisher bestehenden Landkreises überwiegend entspricht.

§ 9

Dienstiegel

(1) Führt eine kommunale Gebietskörperschaft mehrere Dienstiegel, so sollen diese fortlaufend nummeriert werden. Als weitere Zusätze sind nur Sternchen oder ähnliche Abgrenzungszeichen in der Umschrift zulässig. Das Staatsministerium des Innern kann Ausnahmen zulassen.

(2) Umschriften von größerem Umfang können aus mehreren Schriftenreihen bestehen. Ist die Umschrift fortlaufend, so zeigen die Füße der Buchstaben zum Wappen; ist sie geteilt, so zeigen im oberen Teil die Füße, im unteren Teil die Köpfe der Buchstaben zum Wappen.

(3) Die Dienstiegel sind als Prägesiegel (Trockensiegel oder Lacksiegel) oder als Farbdrucksiegel aus Metall auszuführen. Die Prägesiegel zeigen Wappen und Schrift erhaben in Prägung. Das Farbdrucksiegel bringt Wappen und Schrift in dunklem Farbdruck. Für die Abstempelung der amtlichen Kraftfahrzeug-Kennzeichenschilder dürfen Stempelplaketten verwendet werden, deren Wappen und Schrift dem Dienstiegel entspricht.

(4) Die für die Siegelführung einzelner kommunaler Behörden und Dienststellen und für die Siegelführung der Sparkassen geltenden besonderen Vorschriften bleiben unberührt.

(5) Dienstiegel sind so zu verwahren, daß Verlust oder Mißbrauch ausgeschlossen ist. Ihre Verwaltung soll einem Beamten übertragen werden.

(6) Bestellungen von Dienstiegeln und Siegelmarken sind ausschließlich an das Bayerische Hauptmünzamt zu richten.

(7) Nicht mehr verwendete Dienstiegel mit kommunalen Wappen sind, sofern sie historischen oder künstlerischen Wert haben, im jeweiligen kommunalen Archiv oder im Bayerischen Hauptstaatsarchiv zu verwahren. Andere Dienstiegel sind, wenn sie nicht mehr verwendet werden, zu vernichten oder beim Hauptmünzamt abzuliefern.

§ 10

Dienstiegel der Gemeinden

(1) Gemeinden mit eigenem Wappen führen dieses in der genehmigten Form ohne Beiwerk in ihrem Dienstiegel; die übrigen Gemeinden führen das kleine Staatswappen.

(2) Dienstiegel der Gemeinden tragen als Umschrift im oberen Halbbogen das Wort „Bayern“, im unteren Halbbogen den Namen der Gemeinde (§ 1). Gemeinden, die die Bezeichnung Stadt oder Markt führen, setzen diese Bezeichnung, die übrigen Gemeinden das Wort „Gemeinde“ ihrem Namen voran. Die Stadt München setzt das Wort „Landeshauptstadt“ voran.

(3) Gemeindesiegel haben einen Durchmesser von 30 mm. Für besondere Zwecke kann ausnahmsweise ein Siegel mit einem kleineren Durchmesser hergestellt werden. Kreisfreie Gemeinden und Große Kreisstädte können ein Gemeindesiegel mit einem Durchmesser von 35 mm verwenden.

§ 11

Dienstiegel der Landkreise

(1) Landkreise mit eigenem Wappen führen dieses in der genehmigten Form ohne Beiwerk in ihrem Dienstiegel; die übrigen Landkreise führen das kleine Staatswappen. Die Siegel tragen im oberen Halbbogen die Umschrift „Landkreis...“.

(2) Die Landratsämter führen, soweit sie als Staatsbehörden tätig werden, auch dann das kleine Staatswappen im Siegel, wenn der Landkreis ein eigenes Wappen hat. Die Siegelumschrift lautet im oberen Halbbogen „Bayern“, im unteren Halbbogen „Landratsamt...“. Die Führung dieses Siegels ist auch zulässig, wenn die Landratsämter als Kreisbehörden tätig werden.

(3) Landkreissiegel haben einen Durchmesser von 35 mm. Für besondere Zwecke kann ausnahmsweise ein Siegel mit einem kleineren Durchmesser hergestellt werden.

§ 12

Dienstiegel der Bezirke

(1) Bezirke mit eigenem Wappen führen dieses in der genehmigten Form ohne Beiwerk in ihrem Dienstiegel; die übrigen Bezirke führen das große Staatswappen. Die Siegel tragen im oberen Halbbogen die Umschrift „Bayern“, im unteren Halbbogen die Umschrift „Bezirk...“.

(2) Die Regierungen führen, auch soweit sie für den Bezirk tätig werden, das große Staatswappen im Siegel. Die Siegelumschrift lautet im oberen Halbbogen „Bayern“, im unteren Halbbogen „Regierung von (der)...“.

(3) Bezirkssiegel haben einen Durchmesser von 35 mm.

§ 13

Kommunale Wappen in Dienstsiegeln
von Verwaltungsgemeinschaften
und Zweckverbänden

(1) Verwaltungsgemeinschaften und Zweckverbände, die mit Zustimmung einer Mitgliedsgemeinde deren Wappen führen, führen dieses in der genehmigten Form ohne Beiwerk in ihrem Dienstsiegel. Diese Dienstsiegel tragen als Umschrift im oberen Halbbogen das Wort „Bayern“, im unteren Halbbogen die Umschrift „Verwaltungsgemeinschaft...“ oder „Zweckverband...“. Im übrigen ist § 10 entsprechend anzuwenden.

(2) Führt eine Verwaltungsgemeinschaft Aufgaben im Namen ihrer Mitgliedsgemeinden und nach deren Weisung aus, so kann sie das Dienstsiegel der Gemeinde führen, für die sie handelt.

§ 14

Schaumünzen der Gemeinden

Auf Schaumünzen, die von Bürgermeistern oder Gemeinderäten bei besonderen Anlässen als Amtszeichen getragen werden, können auch Gemeinden mit eigenem Wappen das kleine Staatswappen zeigen. Am 1. Juni 1957 vorhandene Schaumünzen, die das große Staatswappen zeigen, können weiterhin getragen werden.

§ 15

Verwendung der Hoheitszeichen durch Dritte

Die Genehmigung zur Führung von kommunalen Wappen und Fahnen durch Dritte soll nur erteilt werden, wenn die vorgesehene Verwendung oder Gestaltung zu Beanstandungen keinen Anlaß gibt. Sie kann eingeschränkt, auf Widerruf erteilt und von einem Entgelt abhängig gemacht werden.

Dritter Teil

Bestands- und Gebietsänderungen

§ 16

Einleitung des Verfahrens

(1) Verfahren zur Vorbereitung von Entscheidungen über Änderungen im Bestand oder Gebiet von Gemeinden, gemeindefreien Gebieten, Landkreisen und Regierungsbezirken werden auf Antrag oder von Amts wegen von den Behörden durchgeführt, die zur Entscheidung über die Änderung zuständig sind. Wird über die Änderung durch Gesetz oder durch Rechtsverordnung der Staatsregierung entschieden, so führt das Staatsministerium des Innern das Verfahren durch. Ist das Staatsministerium des Innern oder eine Regierung für das Verfahren zuständig, so können mit der Durchführung des Verfahrens ganz oder teilweise nachgeordnete Behörden beauftragt werden; die Beauftragung kann zurückgenommen werden.

(2) Anträge auf Änderungen können von den Gebietskörperschaften, deren Bestand oder Gebiet geändert werden soll, oder, wenn sich der Antrag auf ein gemeindefreies Gebiet bezieht, von Eigentümern der betroffenen Grundstücke gestellt werden. Die Anträge sind zu begründen; ihnen ist ein Kartenblatt beizufügen, das die bisherigen und die in Aussicht genommenen Grenzen hinreichend deutlich erkennen läßt.

(3) Verfahren nach besonderen gesetzlichen Vorschriften bleiben von diesen Regelungen unberührt.

§ 17

Durchführung des Verfahrens

(1) Die zur Durchführung des Verfahrens nach § 16 Abs. 1 zuständige oder beauftragte Behörde prüft, ob

die Voraussetzungen einer Änderung gegeben sind; soweit nichts anderes bestimmt ist, richtet sich der Umfang des Verfahrens nach ihrem pflichtgemäßen Ermessen. Ist mit der Durchführung des Verfahrens eine nachgeordnete Behörde beauftragt, so bleibt das Recht der beauftragenden Behörde, den Umfang des Verfahrens zu bestimmen, unberührt.

(2) Vor der Entscheidung über eine Änderung sind die beteiligten Gebietskörperschaften und die Eigentümer der von ihr betroffenen gegenwärtig oder zukünftig gemeindefreien Grundstücke zu hören; dabei ist ihnen eine angemessene Frist zur Stellungnahme einzuräumen. Sind die Eigentümer gemeindefreier Grundstücke nicht bekannt oder ist ihr Aufenthalt im Anhörungszeitraum nicht oder nur schwer zu ermitteln oder würde eine Benachrichtigung wegen der großen Zahl der Betroffenen einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand erfordern, so kann die in Aussicht genommene Änderung im Amtsblatt des Landkreises oder Landratsamtes oder einem anderen regelmäßig erscheinenden Druckwerk amtlich bekanntgemacht werden; dabei ist auf die Gelegenheit zur Stellungnahme in der bestimmten Frist hinzuweisen.

(3) Für die geheime Abstimmung der Gemeinde-, Kreis- oder Bezirksbürger, deren kommunale Zugehörigkeit wechseln soll, bestimmt die nach § 16 Abs. 1 zuständige oder beauftragte Behörde die Fragen, über die abzustimmen ist, den Zeitpunkt, den Abstimmungsleiter und erforderlichenfalls die Einteilung der Gemeinde in Abstimmungsbezirke und die Zusammensetzung eines Abstimmungsausschusses. Die Durchführung der Abstimmung obliegt den Gemeinden, im gemeindefreien Gebiet dem Landratsamt. Die Bestimmungen der Wahlordnung für die Gemeinde- und Landkreiswahlen über Abstimmungsräume, Wahlurnen, Abstimmungsschutzvorrichtungen und Beschaffenheit der Stimmzettel finden entsprechende Anwendung.

§ 18

Entscheidung über die Änderung

(1) Änderungen sollen mit Wirkung vom 1. Januar, 1. April, 1. Juli oder 1. Oktober verfügt werden. In der Entscheidung über eine Gebietsänderung einer Gemeinde sollen die umzugliedernden Flächen durch Einzelaufzählung der Flurstücke oder durch Bezugnahme auf einen vermessungsamtlichen Nachweis der Umgliederungsflurstücke (Veränderungsnachweis) oder auf einen Flurbereinigungsplan beschrieben werden. Den Veränderungsnachweis legt das Vermessungsamt vor.

(2) Wäre für eine beantragte Änderung ein Gesetz oder eine Rechtsverordnung erforderlich und ergibt das Verfahren zur Vorbereitung der Entscheidung, daß eine Änderung nicht vorgenommen werden soll, so entscheidet die Staatsregierung. Die Entscheidung wird vom Staatsministerium des Innern bekanntgegeben.

(3) Regelungen über Rechts- und Verwaltungsfragen, die örtliches Recht betreffen, sind von den betroffenen Körperschaften wie örtliches Recht bekanntzumachen, es sei denn, solche Regelungen sind durch Gesetz oder durch Rechtsverordnung getroffen.

Vierter Teil

Schlußvorschriften

§ 19

Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. April 1973 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

- a) die Verordnung über Namen, Hoheitszeichen und Gebietsänderungen der Gemeinden und Bezirke vom 14. Mai 1957 (GVBl S. 97), zuletzt geändert durch Verordnung vom 8. April 1970 (GVBl S. 117);
- b) die Verordnung über Namen, Hoheitszeichen und Gebietsänderungen der Landkreise vom 14. Mai 1957 (GVBl S. 100), geändert durch Verordnung vom 8. April 1970 (GVBl S. 128).

München, den 12. März 1973

Bayerisches Staatsministerium des Innern
Dr. Merk, Staatsminister

**Dritte Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die Gebühren und Auslagen für die Benutzung der Einrichtungen des staatlichen Fortführungsvermessungsdienstes (GebVerm 70)**

Vom 21. März 1973

Auf Grund des Art. 25 Abs. 1 Nr. 1 des Kostengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1969 (GVBl S. 165), geändert durch Gesetz vom 27. Juli 1971 (GVBl S. 257), erläßt das Bayerische Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Gebühren und Auslagen für die Benutzung der Einrichtungen des staatlichen Fortführungsvermessungsdienstes vom 24. Juli 1970 (GVBl S. 383), zuletzt geändert durch Verordnung vom 1. Dezember 1971 (GVBl S. 458), wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Gebühr beträgt je Stunde im Außendienst

1. für Arbeiten, die den Beamten des höheren Dienstes vorbehalten sind, z. B. für schwierige Grenzfeststellungen, Vermessungen im Vollzug der Aufsichts- und Gutachtertätigkeit u. ä.,	33 DM
2. für sonstige Arbeiten des höheren und gehobenen Dienstes	25 DM
3. für Arbeiten des mittleren Dienstes sowie für Arbeiten, die Beamte, die sich auf den höheren oder gehobenen Dienst vorbereiten, selbständig ausführen,	20 DM
4. für die Mitwirkung jedes amtlichen Gehilfen	17 DM
im Innendienst	
5. für Arbeiten, die den Beamten des höheren Dienstes vorbehalten sind, z. B. für technische Gutachten, Entwürfe bei Baulandumlegungen u. ä.,	29 DM
6. für Arbeiten, die auf Grund ihrer Schwierigkeit oder einer Besonderheit von Beamten des gehobenen Dienstes oder von Angestellten der Vergütungsgruppen IV a bis V a zu erledigen sind, z. B. für Plannachforschungen, schwierige Vorbereitungsarbeiten,	22 DM

7. für Arbeiten, die zum Aufgabenbereich des mittleren Dienstes gehören, ferner für das Vervollständigen der Risse sowie für das Vorbereiten von Vermessungen, soweit diese Leistung nicht nach Nr. 6 oder Nr. 8 zu bewerten ist,	16 DM
8. für Arbeiten des einfachen Dienstes	14 DM
- Bei Lehrlingen, Dienstanfängern und Praktikanten bemißt sich die Höhe der Gebühr nach der Zeit, die je nach der Art der Leistung eine ausgebildete Kraft des mittleren oder einfachen Dienstes benötigt hätte.“

2. § 5 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Für Arbeiten im Außendienst (§ 1 Abs. 1 Nrn. 1 bis 4), die im Ortsgebiet durchgeführt werden, wird ein Ortszuschlag in Höhe von 20 v. H. der für den Außendienst berechneten Grundgebühren (§ 3 Abs. 2 Nrn. 1 bis 4) erhoben.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. April 1973 in Kraft.

München, den 21. März 1973

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
Dr. Ludwig Huber, Staatsminister

**Änderung der Satzung
der Bayerischen Apothekerversorgung**

Vom 28. Februar 1973

Auf Grund des Art. 9 Abs. II des Gesetzes über das öffentliche Versicherungswesen vom 7. Dezember 1933 (BayBS I S. 242), zuletzt geändert am 29. Mai 1970 (GVBl S. 201), wird die Satzung der Bayerischen Apothekerversorgung vom 9. März 1972 (GVBl S. 105) auf Beschluß des Landesausschusses vom 6. Dezember 1972 und mit Genehmigung des Bayer. Staatsministeriums des Innern vom 16. Februar 1973 Nr. I A 4 - 938 - 41/3, mit fachaufsichtlicher Genehmigung des Bayer. Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr vom 12. Januar 1973 Nr. 5141 h - IV/6 a - 323 und mit Zustimmung des Ministeriums des Innern des Landes Rheinland-Pfalz vom 2. Februar 1973 Az.: 151 - 03/3 Nr. 9 wie folgt geändert:

Art. 1

1. § 38 wird wie folgt geändert:

Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Anspruch auf Witwen- oder Witwergeld hat der überlebende Eheiteil eines Mitgliedes, wenn die Ehe bis zum Tode des Mitgliedes bestanden hat.“

2. § 40 wird wie folgt geändert:

Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Das Witwen- oder Witwergeld beträgt drei Fünftel des sich nach § 33 errechnenden Ruhegeldes, mindestens 1500,— DM jährlich.“

Art. 2

Die Änderungen der Satzung treten am 1. Januar 1973 in Kraft.

München, den 28. Februar 1973

Bayerische Versicherungskammer
Dr. Wehgartner, Präsident

Herausgegeben von der Bayerischen Staatskanzlei, 8 München 22, Prinzregentenstraße 7.

Druck: Süddeutscher Verlag GmbH, 8 München 2, Sendlinger Straße 80. Fortlaufender Bezug nur durch die Postanstalten. Erscheint vierteljährlich voraussichtlich sechsmal. Bezugspreis halbjährlich DM 9,—. Einzelnummer bis 8 Seiten DM 0,90, darüber DM 1,40 + Porto. Einzelnummern nur durch den Süddeutschen Verlag, 8 München 2, Postfach 20 22 20. Bei Bezug durch die Postanstalten ist im Bezugspreis keine Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) enthalten (§ 2 Abs. 3 UStG 1967).